Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang

Freitag, 31. Dezember 1920

Nummer 558 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Gesten-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4803, 4635, 4649, 4921

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Protest gegen die ungarischen Bluturteile!

## An die deutsche Arbeiterschaft!

**Die Gerichtshöfe der ungarischen Weißgardisten fällen fortgesetzt Urteile gegen die proletarischen Vorkämpfer, die uns allen das Blut in den Adern erstarren lassen. Dieses Wüten gipfelt in den Todes- und Zuchthausurteilen am 27. Dezember gegen die ungarischen Volkskommissare und andere Sozialisten. Diese fortgesetzten Verbrechen an den ungarischen Arbeitern treffen das Proletariat aller Länder.**

**Jetzt gilt es zunächst die Vollendung der schändlichen Grausamkeiten zu verhindern. Wir rufen Euch auf, in machtvollen Kundgebungen gegen die Vollziehung der Todes- und Zuchthausstrafen Protest zu erheben.**

**Beweist Eure internationale Solidarität mit den Opfern des weißen Terrors!**

**Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.**

*

## An die Groß-Berliner Arbeiterschaft!

**Sonntag, den 2. Januar, mittags 12 Uhr im Lustgarten**

**Massenkundgebung gegen das ungarische Schreckensregiment! Massen heraus!**

**Redner: Breitscheid, Crispien, Brühl, Hertz, Künstler, Ledebour, Moses, Nemitz, Rosenfeld, Wulff, Zietz, Zubeil.**

**Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.**

## Gegen die Schande Europas!

### Ein Protest unserer Partei

Der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie übersandte der ungarischen Regierung folgendes Telegramm:

Herrn Ministerpräsident Telecki, Budapest.

**Parteileitung und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erheben schärfsten Protest gegen die Verurteilung der ungarischen Volkskommissare zu Todes- und Zuchthausstrafen. In der Vollstreckung dieser Urteile würden wir in Uebereinstimmung mit den Arbeitern und Sozialisten aller Länder ein Werk niedrigster Rachsucht und eine Schändung der Menschheit erblicken.**

Crispien, Ledebour.

Der Protest unserer Parteileitung und unserer Reichstagsfraktion leitet die Aktionen ein, die das deutsche Proletariat unternimmt, um dem Wüten der entmenschten ungarischen Justiz Einhalt zu gebieten. Zunächst gilt es, wie es im Aufruf unserer Parteileitung heißt, die Vollendung der schändlichen Grausamkeiten zu verhindern. Es gilt, die Vollstreckung des gegen die ehemaligen Volkskommissare gefällten Bluturteils unmöglich zu machen. In dieser Forderung sind nicht nur die Arbeiter Deutschlands und der ganzen Welt einig, ihr müssen sich auch alle jene bürgerlichen Elemente anschließen, die auch nur einen Funken von Menschlichkeit und Gerechtigkeitsliebe bewahrt haben. Das Urteil gegen die ehemaligen ungarischen Volkskommissare ist niedrigster politischer Rachsucht entsprungen und stellt einen Hohn auf die elementarste Rechtsprechung dar. Seine Vollstreckung darf nicht geduldet werden, wenn die europäischen Völker nicht selber auf die notwendigsten Voraussetzungen der kultivierten Staatlichkeit verzichten wollen.

Unsere Genossen, die ihren Protest an die ungarische Regierung gerichtet haben, sprechen nicht nur im Namen der deutschen Arbeiterklasse, sie dürfen auch das Recht für sich in Anspruch nehmen, dem Gerechtigkeitsempfinden der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes Ausdruck verliehen zu haben. Es kann der ungarischen Regierung, auch wenn sie in allen ihren Handlungen nur dem Willen einer entmenschten Offizierskamarilla und einer rachgierigen Junkerkaste Ausdruck verleiht, nicht gleichgültig sein, wie sich die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes zu ihr und ihren Handlungen verhält. Sie kann das um so weniger, als der Protest unserer Genossen im Inlande wie im Auslande lebhaftesten Anklang finden wird. Die Arbeiter in Berlin und im Reiche werden in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen, ihrem leidenschaftlichen Protest gegen das ungarische Blutregiment, ihrer Sympathie für die Opfer des weißen Terrors in Ungarn, Ausdruck zu verleihen. Und überall in der ganzen Welt wird diese Bewegung Nachahmung finden und alle jene Kräfte gegen Horthy-Ungarn zusammenschweißen, die das gegenwärtige Regime in Ungarn als einen Schandfleck der europäischen Kultur betrachten.

---

## Fort mit der Geheimdiplomatie!

Die Zustände in der Regierung werden immer unhaltbarer. Das Verhältnis zur Entente verschlechtert sich von Tag zu Tag, ohne daß die Regierung sich veranlaßt sieht, das Volk und seine parlamentarische Vertretung über den Stand der Dinge zu unterrichten. Ganz wie zu Zeiten der Hohenzollern soll das Volk auf die Gestaltung seiner Geschicke keinen Einfluß ausüben dürfen, sondern alles ruhig hinnehmen, was in den dunklen Kabinetten der Geheimdiplomatie bereitet wird. Der Fraktionsvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reichstag hat nunmehr durch den Genossen Ledebour an den Reichstagspräsidenten das folgende Schreiben gerichtet:

**Im Namen des Vorstandes der Reichstagsfraktion der U. S. P. D. ersuche ich Sie, den Reichstag sofort zusammenzuberufen.**

**Das Verhalten der Regierung bei den Verhandlungen mit den Ententemächten, insbesondere die Verheimlichung entscheidender Noten macht es dringend notwendig, daß der Reichstag seinen Einfluß auf diese Verhandlungen zur Geltung bringt.**

Wir erwarten, daß der Reichstagspräsident diesem Antrag stattgibt und das Parlament sofort zusammenberuft. Es artet schon zum größten politischen Skandal aus, in welcher Weise die Regierung in dieser gespannten Situation ihr Spiel mit der Oeffentlichkeit treibt!

---

## Sozialisierung des Bergbaues

### Vorlage des Gesetzentwurfes noch im Januar

**Amtlich wird mitgeteilt: In seiner Sitzung vom 21. d. M. hatte das Reichskabinett beschlossen, wenn möglich, noch im Monat Januar dem Reichstag einen Entwurf über Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorzulegen. Der Reichswirtschaftsminister war beauftragt worden, den Sozialisierungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates um Beschleunigung seiner Arbeiten zu bitten, damit die Ergebnisse der Beratungen noch für die Aufstellung des Entwurfes benutzt werden könnten. In Ausführung dieses Auftrages hat der Reichswirtschaftsminister an den Vorsitzenden des Sozialisierungsausschusses ein Schreiben gerichtet, in dem er von der Absicht des Kabinetts Mitteilung macht, und ihn ersucht, auf Beschleunigung der Arbeiten des Verständigungsausschusses zu wirken.**

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß das Sozialisierungsgesetz einer bürgerlichen Regierung nichts damit zu tun hat, was wir unter Sozialisierung verstehen. Wir begrüßen trotzdem die Vorlage des Gesetzentwurfes, weil dadurch die Frage der Sozialisierung endlich auf die politische Tagesordnung gesetzt wird. Die Vorlage dieses Gesetzentwurfes bedeutet für die gesamte Arbeiterschaft das Signal, den Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus mit verstärkten Kräften fortzusetzen, indem sie die Ausschaltung der Kapitalisten aus dem Bergbau und die Ueberführung der Bodenschätze in die Verfügung der Allgemeinheit durchsetzt.

Dieser Kampf muß von der Arbeiterschaft mit aller Energie, Einheit und Geschlossenheit geführt werden. Dieser Kampf, der das Bürgertum von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten zu einer Front zusammenschweißt, kann nur erfolgreich geführt werden, wenn sich die Arbeiterschaft der Größe ihrer Aufgabe bewußt ist und dem antisozialistischen Bürgertum die geschlossene Front des Proletariats gegenüberstellt.

---

**Dänemarks Zahlung für Nordschleswig.** Die Reparationskommission gibt bekannt, daß Dänemark am 25. Dezember der Reparationskommission 65 Millionen Goldmark übergeben hat. Diese Summe stellt den Anteil des an Dänemark abgetretenen Nordschleswigs dar 1. an der deutschen Schuld nach dem Stand von 1914, 2. den Anteil an der Schuld des deutschen Bundesstaates, zu dem dieses Gebiet gehörte, ebenfalls nach dem Stand vom 1. 8. 1914, und 3. den Wert der Güter und sonstigen Eigentums des Deutschen Reiches.

# Das entschleierte Geheimnis

## Die Entente fordert die Auflösung der Sicherheitspolizei

Die Regierung sieht sich heute endlich veranlaßt, die Note zu veröffentlichen, die der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission, General Nollet, an den Direktor der Friedensabteilung im Auswärtigen Amt bereits am 23. Dezember 1920 gerichtet hat. Die Note lautet:

„Zwei Monate nach Ablauf der für die Auflösung der Sicherheitspolizei bestimmten Frist ist die Interalliierte Militärkontrollkommission noch nicht im Besitze aller Verfügungen, die die beteiligten Länder des Reiches behufs dieser Auflösung zu erlassen hatten. Außerdem hat sie keine Kenntnis davon erhalten, daß irgend eine Ausführungsmaßnahme zur Anwendung der ihr mitgeteilten Verfügungen getroffen worden wäre. An keiner Stelle des Reiches hat die Kontrolle festgestellt, daß die Aufhebung der Sicherheitspolizei durchgeführt oder auch nur im Gange wäre. Sie hat im Gegenteil festgestellt:

**daß die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes ist als die Sicherheitspolizei, verstärkt um einen Teil der früheren „blauen Polizei";**

**daß die Stärke der Polizei in Zivilkleidung eine Vermehrung erfahren hat, die sich nach den Bestimmungen des Artikels 162 des Friedensvertrages nicht rechtfertigen läßt.**

Die Interalliierte Militärkontrollkommission nimmt Akt von der **Verletzung des Friedensvertrages** und der Note von Boulogne, die sich aus den oben wiedergegebenen Tatsachen ergibt.

Sie beehrt sich, das Verlangen zu stellen, daß die Sicherheitspolizei sofort vollständig aufgelöst wird, und daß die Gesamtstärke der Beamten und Angestellten der verschiedenen Arten von Polizei auf das Maß zurückgeführt wird, das sich aus der Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrages ergibt. Ich bitte außerdem im Anschluß an mein Schreiben vom 17. Oktober Nr. 1176, daß sobald als möglich der Kommission mitgeteilt werde der Bestand aller Polizeibeamten und Angestellten in Zivil und Uniform nach Klassen geordnet, der in den verschiedenen Staaten des Reiches einerseits im Budget von 1913 und andererseits im Budget von 1920 vorgesehen ist."

Auf die Note ist vom Auswärtigen Amt folgende Vorantwort am 24. Dezember gegeben worden.

„Ich beehre mich, den Empfang der Note vom 23. Dezember — Nr. 1266 —, betreffend die Auflösung der Sicherheitspolizei, zu bestätigen.

Im Namen der Deutschen Regierung protestiere ich gegen die Feststellung, daß Deutschland die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und der Note von Boulogne über die Polizei verletzt habe. Die Deutsche Regierung erhebt Anspruch auf eine gerechtere Beurteilung.

Eine eingehende Beantwortung der Note behalte ich mir vor. Ich bemerke heute nur folgendes:

Die Deutsche Regierung hat erst Anfang Oktober nach langwierigen Verhandlungen mit den von Ihnen beauftragten Offizieren Klarheit darüber erhalten, was nach Ansicht der Kontrollkommission zu geschehen hätte, um den Anforderungen der Note von Boulogne zu genügen. Erst dann konnten die grundlegenden Verfügungen erlassen und die Durchführungsbestimmungen ausgearbeitet werden. Die getroffenen Anordnungen entsprechen in jeder Hinsicht dem Friedensvertrag und der Note von Boulogne. Selbstverständlich erfordert die Umbildung eines so großen Beamtenkörpers, wie es die deutsche Polizei ist, eine gewisse Zeit, so daß es nur natürlich ist, wenn das Ergebnis noch nicht überall für die Kontrolle erkennbar wurde.

Wie wenig die Behauptung, daß die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes als eine noch verstärkte Sicherheitspolizei sei, den Tatsachen gerecht wird, ergibt sich aus der Beunruhigung, die in der öffentlichen Meinung durch die tief eingreifenden Reorganisationsmaßnahmen hervorgerufen worden ist. In weiten Kreisen ist die Befürchtung entstanden, daß die Polizei in der neuen veränderten Gestalt ihren Aufgaben nicht gewachsen sein würde."

Außerdem wird offiziös mitgeteilt, daß der Botschafterkonferenz eine deutsche Note übermittelt werden sei, in der gegen die Unterstellung protestiert werde, daß Deutschland den Friedensvertrag in der Polizeifrage verletzt habe. Die deutschen Botschafter seien angewiesen worden, die Angelegenheit mündlich mit den Regierungen der Ententeländer zu besprechen.

Die deutsche Regierung scheint noch immer nicht einsehen zu wollen, daß das Versteckspiel mit der Sicherheitspolizei und den Einwohnerwehren endlich ein Ende nehmen muß. Sie fühlt sich so sehr als Gefangene der bayerischen Reaktion, daß sie weder den Mut noch den Willen aufbringt, dem Orgeschspuk ein Ende zu machen. Daß in der öffentlichen Meinung eine Beunruhigung über die vorzunehmende Auflösung der vertragswidrigen militärischen Organisationen entstanden sei, hat außerhalb der Regierung und der gegenrevolutionären Kreise des Bürgertums noch kein Mensch gemerkt. Mit solchen Floskeln sollte doch nicht immer wieder die Unterlassung dessen beschönigt werden, was unbedingt zu tun notwendig ist!

# Ententenote über Oberschlesien

## Spätere Abstimmung für die außerhalb wohnenden Stimmberechtigten

Auf die letzte deutsche Note, die die Antwort auf die Vorschläge der Alliierten enthielt über eine etwaige Verlegung von Ort und Zeitpunkt für die außerhalb des Abstimmungsbezirkes in Oberschlesien wohnenden Abstimmungsberechtigten, ist nunmehr die Antwort der Alliierten eingetroffen. Die neue, von dem französischen Minister Leygues unterzeichnete Note lautet:

Die Botschafterkonferenz ist davon verständigt worden, daß die deutsche Regierung ablehnt, das von den verbündeten Regierungen angeregte Verfahren bei der Volksabstimmung in Oberschlesien anzunehmen. Die verbündeten Mächte hatten mit ihrem Vorschlage kein anderes Ziel im Auge, als eine Lage zu schaffen, die es gestattet, die Volksbefragung in Ruhe und Ordnung vor sich gehen zu lassen. Um ein so überaus wichtiges Ziel zu erreichen, schien es den Verbündeten, das Einverständnis der unmittelbar beteiligten Regierungen vorausgesetzt, möglich, den Artikel 88 des Friedensvertrages in dem Sinne auszulegen, von dem die Note vom 30. November sich hatte leiten lassen.

Da diese Lösung von den beteiligten Regierungen nicht angenommen worden ist, sehen sich die Verbündeten Mächte genötigt, den Artikel 88 schlechthin zur Anwendung zu bringen. In dem Bestreben jedoch, bei der Volksabstimmung die Ordnung aufrechterhalten zu sehen, für die sie verantwortlich sind, haben sie die Pflicht, die Interalliierte Kommission in Oberschlesien zu ermächtigen, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, die geeignet erscheinen, die öffentliche Ruhe am wirksamsten zu gewährleisten.

Die Botschafterkonferenz hat daher, nachdem sie von den Antworten der deutschen und der polnischen Regierung Kenntnis genommen hat, beschlossen, **die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet ansässigen Stimmberechtigten später als die Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen, und zwar an Terminen und unter Bedingungen, die die Interalliierte Kommission festsetzen wird,** die alle Befugnisse hat, unmittelbar mit der deutschen Regierung die Fragen der Beförderung der Stimmberechtigten zu regeln.

Die verbündeten Regierungen, England, Frankreich und Italien, haben also die von der deutschen Regierung vorgeschlagene mündliche Aussprache nicht angenommen. Die nunmehr in ihrem Auftrage erfolgte Entscheidung der Botschafterkonferenz ist juristisch unklar. Zwar enthält der Artikel 88 des Versailler Vertrags nichts über die Gleichzeitigkeit der Abstimmung, aber es muß darauf hingewiesen werden, daß die Botschafterkonferenz sowohl bei der Abstimmung in Nord-Schleswig als auch in Ostpreußen die Einheitlichkeit des Wahlaktes der Zeit und dem Orte nach ausdrücklich anerkannt hat. Es liegt sehr nahe, daß eine getrennte Abstimmung für Deutschland ungünstig wirkt insofern, als die Auszählung und Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse, die gemeindeweise erfolgt, dadurch außerordentlich kompliziert wird. Umsomehr muß gefordert werden, daß keinerlei Abstimmungsergebnisse bekannt werden, ehe die Gesamtabstimmung abgeschlossen ist. Es ist die Aufgabe der Interalliierten Kommission, für die peinliche Ueberwachung der Abstimmung besonders nach dieser Richtung Sorge zu tragen.

## Die Sicherheitszustände in Oberschlesien

Die Führer sämtlicher oberschlesischen Arbeiterorganisationen aller Richtungen, einschließlich der polnischen, hatten heute im Zentralhotel eine Konferenz, in der die bestehenden unhaltbaren Sicherheitszustände in Oberschlesien zur eingehenden Besprechung gelangten. Folgende Entschließung wurde angenommen: „Die Vertreter der großen oberschlesischen Arbeiterorganisationen erklären, daß die Sicherheitsverhältnisse in Oberschlesien derart schlechte und unhaltbare geworden sind, daß unbedingt sofort Abhilfe geschaffen werden muß. Die Versammlung bevollmächtigt eine Abordnung von fünf Arbeiterführern, mit dem Chef der Interalliierten Kommission in Verbindung zu treten und ernsteste Vorstellungen bei ihm zu erheben." Es ist eine Abordnung aus Vertretern der polnischen Berufsvereinigungen, der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft, der freien Gewerkschaften, des polnischen Zentralverbandes und der Christlichen Gewerkschaft mit dieser Aufgabe betraut worden. Sie sollen über das Erreichte Bericht erstatten.

# Katastrophenpolitik

## Die Vertuschungsversuche der Regierung

Wir haben in der gestrigen Morgenausgabe die Meldung wiedergegeben, wonach in Berlin eine Deputation der Ruhrbergleute erschienen sei, um der Regierung bestimmte Forderungen zu unterbreiten, und daß dabei insbesondere die rasche Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr verlangt wurde, weil sonst die Bergleute die Lieferung von Kohlen nach Bayern einstellen würden. Die Regierung versucht nun, diese außerordentlich ernst zu nehmende Angelegenheit zu vertuschen, indem sie offiziös behauptet, die Vertreter der Bergleute seien aus Anlaß anderer Sitzungen in Berlin gewesen und hätten nur so nebenbei eine Besprechung in der Reichskanzlei gehabt. In Wirklichkeit wird das Verlangen auf Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr von allen Bergarbeiterorganisationen einmütig und mit aller Entschiedenheit gestellt, weil sie sich nicht länger der Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebiets durch die Entente aussetzen wollen. Die Deputation wurde denn auch von den Leitern der freigewerkschaftlichen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen geführt. Wenn in der offiziösen Mitteilung gesagt wird, daß weder Forderungen gestellt, noch Zusagen gegeben worden seien, so mag das den Absichten der Regierung entsprechen, sich auch fernerhin unter das Diktat des Herrn von Kahr zu beugen. Die Oeffentlichkeit wird sich aber mit dieser Vertuschungspolitik nicht täuschen lassen; insbesondere die werktätige Bevölkerung verlangt, daß nunmehr rücksichtslos gegenüber den reaktionären Plänen der bayerischen Regierung durchgegriffen wird.

In der offiziösen Notiz wird noch vermerkt, daß auch über die Verwendung der Fünf-Goldmark-Prämie aus dem Spaa-Abkommen gesprochen worden sei; es sei vereinbart worden, diese Frage mit dem zustehenden Ressort am Mittwoch nächster Woche „an der Hand konkreter Unterlagen eingehend zu erörtern". Es ist kennzeichnend für den Geist, der in dieser Regierung herrscht, daß sie auch diese Angelegenheit immer weiter zu vertuschen und auf die lange Bank zu schieben versucht. Schon seit Wochen herrscht in der Bergarbeiterschaft die größte Unruhe über die Verwendung der Fünf-Goldmark-Prämie, die unabhängigen Abgeordneten Pieper und Ernst haben darüber im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht und schließlich veröffentlichten wir am 23. Dezember einen Artikel, der die Verhältnisse eingehend darlegt. Jetzt endlich will die Regierung die Frage der Goldmark „eingehend" erörtern.

Die Regierung treibt also mit den Ruhrarbeitern ein ebenso gefährliches Spiel, wie mit der Gestaltung der Beziehungen zum Auslande. Glaubt sie, daß die werktätige Bevölkerung diesem Treiben noch lange zusehen und insbesondere gestatten wird, daß durch die bayrische Reaktion das Land einer neuen Katastrophe zugetrieben wird?

# Auffälliges Schweigen

## Presse und politische Prozesse

Wie wenig in Deutschland die Oeffentlichkeit Interesse nimmt an Strafverfolgungen, die geeignet sind, die politische Meinungsfreiheit zu untergraben, zeigt sich wieder einmal in unserm Falle. Zu unserm Artikel, in dem Kenntnis gegegeben wurde über die Anklageerhebung gegen den verantwortlichen Redakteur unserer Zeitung wegen Aufreizung zur Gewalttätigkeit schweigt die gesamte Presse. Einzig der „Vorwärts" nimmt in einer „Ein überarbeiteter Staatsanwalt" überschriebenen Notiz Stellung zu der Anklage. Das rechtssozialistische Zentralorgan weist darauf hin, daß der Redakteur verpflichtet war, Stoeckers Artikel auch gegen seine Ueberzeugung aufzunehmen, weil es sich eben um eine innere Parteiauseinandersetzung handelte, und fährt dann fort:

„Hätte diese Erwägung schon allein den Staatsanwalt abhalten sollen, die Klage statt gegen den Verfasser gegen den verantwortlichen Redakteur zu richten, so ist die sachliche Fundierung der Klage noch haltloser. Aus dem Artikel Stoeckers wird eine Aufreizung der Bevölkerung zur Gewalttätigkeit im Sinne des § 130 des St. G. B. herausdestilliert. Stoeckers Artikel waren eine rein theoretische Abhandlung über parteitaktische Probleme. Es wurde wohl über die Möglichkeiten bezw. die Unvermeidbarkeit eines künftigen Bürgerkrieges gesprochen, aber ohne jeden direkten Appell an die Gewalt. Kein Mensch in Deutschland hat sich damals darüber aufgeregt, mit Ausnahme eines beschäftigungslosen bezw. überarbeiteten Staatsanwalts. Könnte der preußische Justizminister Am Zehnhoff seine Staatsanwälte nicht anweisen, das Ansehen der Justiz in etwas besserer Weise zu wahren, als das jetzt geschieht?"

Bezeichnend ist, daß bisher weder die „Internationale" noch die „Rote Fahne" sich zu der Erhebung der Anklage geäußert haben, obwohl doch gerade für sie die Sache nicht so ganz ohne Interesse sein sollte. Stoecker, der Verfasser des Artikels, ist führendes Mitglied der Vereinigten kommunistischen Partei. Es ist charakteristisch, daß er nicht nur die Gepflogenheiten sozialistischer Solidarität außer acht läßt, indem er in keiner Weise zu diesem Tendenzprozeß Stellung nimmt, sondern auch der direkten Verpflichtung, als Verfasser des Artikels auch in der Oeffentlichkeit dafür einzustehen, sich entzieht, trotzdem er durch die Immunität geschützt ist.

## Kessel und Pfeffer

Die Donnerstag-Morgenausgabe des „Berliner Tageblattes" bringt einen Artikel „Politische Prozesse", aus dem folgende Stellen bemerkenswert sind:

„Besonders auffällig aber ist der schon mehrfach in diesen Spalten kommentierte Verlauf des Kessel-Prozesses, der zu Beginn des Jahres zum erstenmal verhandelt wurde und der am Schluß des Jahres durch die jetzt vom Kammergericht nachzuprüfende Einstellung des Verfahrens einen vorläufigen Abschluß fand. Die Auffassung der Berliner Strafkammer, nach welcher sogar ein Meineid des Hauptmanns v. Kessel unter die Amnestie fallen würde, weil er in einem gewissen indirekten Zusammenhang mit der Abwehr des Märzputsches 1919 steht, wirkt namentlich dann grotesk, wenn man bedenkt, daß das Reichsgericht in einem anderen Falle die Anwendung des Amnestiegesetzes auf einen Beteiligten des Januarputsches, den Tapezierer Karl Kühlmeyer, verneint hat, weil gar nicht feststehe, ob wirklich ein hochverräterisches Unternehmen vorliege.

Zwei Monate nach dem Kapp-Putsch, am 30. Mai 1920, erging die Verordnung des Reichspräsidenten, die im Anschluß an die Umtriebe des „Frontbundes" unter Hauptmann Pfeffer die Zusammenschließung militärischer und politischer Verbände untersagte. Ein merkwürdiges Gegenstück zum Amnestiegesetz! Auf Grund dieses Gesetzes werden Delinquenten begnadigt, an die bei seinem Erlaß niemand gedacht hatte. Auf Grund jener Verordnung werden Uebeltäter bestraft, die bei dem Erlaß der Verordnung keinem Menschen in den Sinn gekommen sind — die Kommunisten von Weißensee. Gewiß fallen sie dem Wortlaut nach unter die Verordnung, **aber es ist doch ein peinliches Gefühl, daß die Verordnung prompt auf jene Vergehen, bis heute aber noch nicht auf die Delikte, auf die sie von vornherein gemünzt war, zur Anwendung gelangt ist.** Wir wissen, daß der Angeklagebehörde ein erdrückendes Material vorliegt. Wir wissen auch, daß gewisse formale Bedenken, die das Verfahren betreffen, wieder und wieder erhoben werden. Aber sie können doch nicht unüberwindlich sein. Die Anklagebehörden in diesem Verfahren unterstehen dem Reichswehrminister. Vielleicht könnte er darüber Auskunft geben, weshalb eine Anklage immer noch nicht erhoben ist, die der Anklagevertreter im Kommunistenprozeß vor drei Monaten als unmittelbar bevorstehend bezeichnet hat."

Im Falle Pfeffer können wir aus eigener Kenntnis bestätigen, daß dem Gericht seit Monaten Berge von Beweismaterial vorliegen, von dem ein geringer Teil aber genügte, den Hauptmann Pfeffer einzulochen.

# Gegen die Reaktion in der Tschecho-Slowakei

Aus Prag wird uns geschrieben:

Der Vollzugsausschuß des rechten Flügels der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei beschloß, eine dreigliedrige Abgeordnetendelegation zur Regierung zu entsenden, um die sofortige Entlassung der wegen Teilnahme am Generalstreik unschuldig oder wegen kleinerer Delikte verhafteten Vertrauensleute zu verlangen. Gleichzeitig wurde der Abgeordnetenklub aufgefordert, von der Regierung die Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen zu fordern. — Schließlich wurde gegen das Bluturteil der magyarischen Horthyjustiz an den Volkskommissären protestiert und beschlossen, alle Aktionen der sozialdemokratischen Partei zur Verhinderung des Vollzugs zu unterstützen. Als Protest gegen das unmenschliche Urteil wurde der Klub beauftragt, im Parlament sofort eine energische Aktion zur Aufhebung der Todesstrafe einzuleiten.

Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung, die Aufhebung der Immunität für einige der prominenten Führer der Streikbewegung vom Parlament zu verlangen. Es würde sich offensichtlich in erster Linie um die Verhaftung der Genossen Schmeral und Skalak handeln.

# Kongreß der britischen Arbeiterpartei

## Für die Arbeitslosen

London, 30. Dezember.

Der gestern zusammengetretene Kongreß der britischen Arbeiterpartei, der sich ursprünglich mit der irischen Frage befassen sollte, hat eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, so schnell als möglich einen Plan zur Behebung der Arbeitslosigkeit aufzustellen. In einer zweiten Entschließung wird verlangt, daß die Regierung sofort eine Unterstützung von 40 Schilling wöchentlich für arbeitslose Männer und von 25 Schilling wöchentlich für arbeitslose Frauen bewilligen soll, wozu noch Kinderzulagen kommen sollen. Es wurden ferner Entschließungen angenommen, in denen die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjet-Rußland und die Gewährung eines angemessenen Kredites für die mitteleuropäischen Staaten gefordert wird.

# d'Annunzios Ende

Die Lösung des Fiumekonfliktes ist eine vollendete Tatsache. D'Annunzios Parlamentäre überbrachten heute ein zweites formgerechtes Dokument, wodurch d'Annunzio die Gewalt an die Stadtverwaltung Fiume zurückgibt und sich verpflichtet, Fiume zu verlassen und seine Legion aufzulösen. Die italienische Regierung amnestiert die Legionäre. Das ganze Land atmet erleichtert auf, da dieser Bürgerkrieg im kleinen doch sehr schmerzlich empfunden worden war.

Wie der Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera" berichtet, sind die Bedingungen der Uebergabe d'Annunzios und seiner Legionäre folgende: Rückzug der regulären Schiffe in den Hafen. Beschlagnahme der irregulären Einheiten. Räumung der Inseln Veglia und Arpo.

**Buchdruckerstreik in Danzig.** Die im Freistaatsbezirk beschäftigten Buchdruckergehilfen haben eine wöchentliche Lohnerhöhung von 40 M. über den deutschen Tarif hinaus verlangt. Während das unabhängige Organ „Das freie Volk", das mehrheitssozialistische Organ „Danziger Volksstimme" und die „Dziennik Gdanski" diese Forderung bewilligt haben, haben die Buchdruckergehilfen in den Betrieben der „Danziger Zeitung", der „Danziger Neuesten Nachrichten", der „Danziger Allgemeinen Zeitung" und des „Danziger Volksblattes" wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen die Arbeit am Donnerstag früh niedergelegt.

# Stürmische Sitzung der Stadtverordneten

## Einkommensteuer — Notstandsarbeiten — Tumulte durch die Tribünen

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung verlief wiederum zeitweise sehr tumultarisch, weil die Kommunisten zur Unterstützung der von ihnen eingebrachten Dringlichkeitsanträge, insbesondere des Antrages auf Fortführung der Arbeiten an der Nord-Südbahn in Neukölln, Arbeitslose aus Neukölln auf die Tribüne bestellt hatten.

Zunächst nahm die Versammlung den Bericht ihres Ausschusses entgegen über die Einführung einer Gemeindeeinkommensteuer. Der Redner der Deutschen Volkspartei, Stadtverordneter Dr. Neumann, stellte sich vor als Vertreter des sozialen Gedankens, nach welchem das Existenzminimum nicht versteuert werden dürfe. Das jetzige Finanzelend sei der Mißwirtschaft der sozialistischen Mehrheit zu danken. Ihm leuchtete Genosse Dr. Hertz ganz gehörig heim. Er zeigte die wahren und allgemeinen Ursachen der schlechten Finanzlage aller Gemeinden auf, die im wesentlichen der Kriegs- und Wirtschaftspolitik der Rechten zu danken sei, die bisher jeden sozialen Gesichtspunkt habe vermissen lasse. Unsere Partei sei an die Prüfung der Steuervorlage herangegangen mit sozialen Erwägungen. Sie seien für unsere Stellungnahme ausschlaggebend, nicht die fiskalischen. Wir wollen deshalb die untersten Stufen noch weit mehr schonen, als die Magistratsvorlage und als auch die Ausschußbeschlüsse das tun. Genosse Hertz begründete sodann die Anträge unserer Partei, die steuerfreien Grenzen auf 2000 M. über die Ausschußanträge zu erhöhen. Diese Anträge deckten sich mit gleichlautenden der Kommunisten. In namentlicher Abstimmung wurden unsere Anträge abgelehnt und die Ausschußvorschläge angenommen. Gegen die Heraufsetzung stimmten die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten. In der Gesamtabstimmung über die Vorlage stimmten die Kommunisten mit den Rechtsparteien dagegen und bekundeten dadurch, daß sie ihre Aufgabe in der Schonung der reichen Leute von der Besteuerung durch eine Gemeindesteuer erblicken. Echt kommunistisch!

Recht tumultarisch gestalteten sich die weiteren Verhandlungen gelegentlich der Beratungen über die Fortführung der Arbeiten der Nord-Südbahn durch das Eingreifen der Tribünenbesucher. Erst bedurfte es einer langen Geschäftsordnungsdebatte, damit der Antrag überhaupt zur Verhandlung kam. Nawrocki von den Kommunisten begründete ihn, und Genosse Krause von unserer Partei brachte wirkungsvoll die Notwendigkeit zum Ausdruck, Arbeit für die Arbeitslosen zu schaffen. Der Kämmerer versuchte, die Notwendigkeit der Magistratsentscheidung im vorliegenden Fall zu begründen und fand damit bei den Rechtssozialisten solche Gegenliebe, daß sie bei der Abstimmung gegen den Antrag stimmten, der aber mit den Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten zur Annahme gelangte.

Angenommen wurde auch nach kurzer Begründung durch Genossen Radke ein Antrag unserer Fraktion, zum Zwecke von Kleinhausbauten Mittel vom Magistrat bereitgestellt zu sehen. Verschoben werden auf die nächste Sitzung mußte die Abstimmung über einen Antrag Dörr und Genossen, die Anrufung des Schlichtungsausschusses in Sachen der Elektrizitätsarbeiter zurückzuziehen und die Maßregelung der Arbeiter zu unterlassen, wie das die Versammlung bereits beschlossen hat. Genosse Mielitz hatte auf die Nichtbeachtung der tariflichen Bestimmungen hingewiesen, nach denen die Gewerkschaftsvertreter vor Anrufung des Schlichtungsausschusses zu hören seien. Die Vertagung der Abstimmung erfolgte, weil die bürgerlichen Parteien die Absicht kundgaben, die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeizuführen. Mit einer lange Zeit in Anspruch nehmenden Geschäftsordnungsdebatte ging die Sitzung am Schluß doch noch auseinander, ohne zur Oberbürgermeisterfrage Stellung genommen zu haben.

*

In der gestrigen Sitzung der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung, die zum ersten Male in dem vergrößerten Sitzungssaal stattfand, gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsteher Genosse Dr. Weyl in Worten der Anerkennung der unvergänglichen Verdienste des verstorbenen, ehemaligen Stadtverordneten Dr. Landau. Die Versammlung ehrte das Andenken an den Verstorbenen in der üblichen Weise.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab **Paul Hirsch** (S. P. D.) den Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses zur Vorberatung der verschiedenen

**Steuervorlagen des Magistrats.**

Der Ausschuß habe sich einen Ueberblick über die Finanzlage der Stadtgemeinde geben lassen. Die Finanzlage sei nicht erfreulich. Die Gemeinde habe eine **feste Schuld von 2,5 Milliarden Mark** und eine **schwebende Schuld von 1,8 Milliarden Mark.** Erhebliche Kosten hätte die Kriegsfürsorge verursacht. Die Große Berliner Straßenbahn habe ein Defizit von 74 Millionen M. Der jetzige Uebergangszustand im neuen Groß-Berlin verursache ebenfalls größere Kosten. Schnellste Beseitigung dieses Uebergangszustandes sei durch beschleunigte Schaffung der Bezirksverwaltungen notwendig. Der Redner geht dann eingehend auf den Ausschußantrag ein und fordert dessen Annahme.

Der Vorsteher teilte einige eingegangene Abänderungsanträge mit, u. a. einen Antrag der Unabhängigen Fraktion, der eine Heraufsetzung aller steuerfreien Einkommensbeträge um je 2000 Mark fordert.

Gegen die Abänderungsanträge wandte sich der **Stadtkämmerer Boeß.** Er forderte die Annahme des Ausschußantrages, der das Mindeste darstelle, was bewilligt werden müsse.

Die Ausführungen des Stadtverordneten **Dr. Neumann** (Deutsche Volkspartei) lösten lebhaften Widerspruch der sozialistischen Parteien aus, der sich besonders steigerte, als Dr. Neumann ausführte, **daß in Neukölln, einer Gemeinde mit sozialistischer Mehrheit eine Mißwirtschaft in der Beziehung getrieben worden sei, daß nicht notwendige Notstandsarbeiten ausgeführt worden seien.**

Erstaunen bei den Linksparteien erregte es, als dieser bürgerliche Vertreter sich gegen die Gemeindesteuer wandte, da sie das Existenzminimum treffe. Zum Schlusse teilte der Redner mit, daß seine Fraktion teilweise für die Abänderungsanträge der Linken stimmen würde.

Als Sprecher der Unabhängigen Fraktion wandte sich Genosse **Dr. Hertz** scharf gegen die Ausführungen des Dr. Neumann, der den Versuch unternommen habe, die Schaffung der Gemeinde Groß-Berlin als die Hauptursache des Finanzelends dieser Gemeinde hinzustellen. In Wirklichkeit hätten die Parteifreunde des Dr. Neumann in der Landesversammlung durch Aenderung des Gesetzes über Groß-Berlin wesentlich zur Verschärfung des Finanzelends beigetragen.

Zu der Behauptung des Dr. Neumann, daß Gemeinden mit sozialistischen Mehrheiten die Mißwirtschaft vergrößert hätten, sei zu bemerken, daß man in einigen Wochen klar sehen werde, wenn die Haushaltsrechnungen der einzelnen Gemeinden vorliegen. Es werde sich dann herausstellen, daß in Gemeinden mit bürgerlichen Mehrheiten Dinge vorgekommen sind, die heute niemand mehr zu billigen wage. So seien z. B. in Charlottenburg zum Bau von Villen am Bahnhof Heerstraße Zuschüsse, die nach Zehntausenden zählen, bewilligt worden. (Hört, hört links.) Das Finanzelend ist zurückzuführen auf die Steigerung der sozialen Aufgaben der Gemeinden, die gewaltige Geldentwertung und die falsche Ernährungs- und Wirtschaftspolitik des Reiches. Vor allem aber auf die Tatsache, daß das Reich die Steuerhoheit fast gänzlich an sich gerissen hat. Jede Steigerung der Kosten der Lebenshaltung verschärft das Finanzelend. Die volle Verantwortung dafür tragen alle bürgerlichen Parteien. (Lebhafter Beifall.) Genosse Hertz legt sodann die Bemühungen dar, der Vorlage die jetzige Gestalt zu geben und begründet den unabhängigen Antrag.

Als Vertreter Neuköllns wies Genosse **Radke** die Ausführungen des Dr. Neumann entschieden zurück. Neukölln habe lediglich seine Pflicht getan, zu bedauern sei es nur, daß nicht alle Arbeitslosen untergebracht werden konnten. Die Verdächtigungen gegen Neukölln wurden von Leuten ausgesprochen, die gegen jede Kommunalisierung sind.

Die Vertreter der Demokraten und Rechtssozialisten setzten sich für den Kompromißantrag des Ausschusses ein.

In namentlicher Abstimmung wurde der Abänderungsantrag unserer Fraktion gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. In der Gesamtabstimmung die Ausschußvorlage gegen die Stimmen der Stinnespartei und der Kommunisten angenommen.

Nach Erledigung der Steuervorlagen beantragten die Kommunisten die sofortige Verhandlung zweier zu Beginn der Versammlung eingebrachten Dringlichkeitsanträge der Kommunisten und Unabhängigen, die von dem Magistrat fordern, daß die an dem **Bau der Nord-Südbahn ausgesprochenen Kündigungen und Arbeitszeitverkürzungen rückgängig zu machen seien, und daß zur Bekämpfung der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit Mittel für den Kleinwohnungsbau bereit zu stellen sind.**

Der deutschnationale Pastor **Koch** widersprach dem Antrag mit der Motivierung, daß die Dringlichkeit der beiden Anträge lediglich nicht angezweifelt worden wäre, weil sie nach Erledigung der vorliegenden Tagesordnung zur Verhandlung kommen sollten. So lange die Tagesordnung nicht erschöpft sei, würde die Dringlichkeit von ihm und seinen Freunden angezweifelt.

Die Ausführungen Kochs wurden von der Zuschauertribüne aus mit lebhaften Pfuirufen beantwortet. Rufe wie „Lumpen", „Strolche", „Schieber" wurden von den Zuschauern in den Saal geschleudert. Der Kommunist **Leupold** rief zur Tribüne hinauf:

**„Holt euch doch den Pfaffen heraus!"**

Der volksparteiliche Stadtverordnete **Schalldach** drohte den Zuschauern mit der Faust und wollte Ruhe auf die erregte Tribüne bringen durch die Worte: **„Haltet die Schnauze, sonst fliegt ihr hinaus!"** Angeblich wurde von der Tribüne aus eine **Stinkbombe** in den Saal geworfen.

Der Lärm auf der Tribüne und im Saale steigerte sich derart, daß die Sitzung auf einige Minuten vertagt werden mußte.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung forderte der Vorsteher von der Versammlung und der Tribüne die Vermeidung solcher Lärmszenen. Wenn die Tribüne wieder durch Lärm und beleidigende Zwischenrufe die Verhandlungen störe, dann sei er gezwungen, die Tribünen räumen zu lassen.

In der nunmehr weitergehenden Geschäftsordnungsdebatte machte der Vorsteher, Genosse **Dr. Weyl**, die Bürgerlichen darauf aufmerksam, daß es Dringlichkeitsanträge mit Vorbehalt nicht gebe. Die Versammlung könne die Tagesordnung nach Belieben ändern.

**Bei der Abstimmung wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen beschlossen, die Dringlichkeitsanträge unserer Fraktion und der Kommunisten sofort zu verhandeln.**

**Nach diesem Beschluß verließen die Bürgerlichen bis auf die Demokraten den Saal.**

Der Antrag der Kommunisten betr. Aufhebung der ausgesprochenen Kündigungen und Arbeitszeitverkürzungen am Bau der Nord-Süd-Bahn wurde von **Nawrocki** begründet.

Stadtkämmerer **Boeß** wollte den Antrag abgelehnt wissen. Es müsse für eine Unterbringung der entlassenen Arbeiter an anderen Baustellen gesorgt werden.

Genosse **Krause** trat den Ausführungen des Stadtkämmerers entgegen und vertrat die Auffassung, daß man die Bauarbeiten sabotieren wolle, weil in Neukölln die Kommunalisierung Fortschritte mache. Sache des Kämmerers sei es, Reich und Staat von der Notwendigkeit der Bereitstellung von Mitteln für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu überzeugen. Wenn nicht anders, müsse man auch vor einem Konflikt mit der Staatsregierung nicht zurückschrecken.

Rechtssozialisten und Demokraten forderten Ablehnung des Antrages. Die zuständige Deputation solle sofort zusammentreten und über Arbeitsbeschaffung verhandeln.

Bei der Abstimmung fand der Antrag Annahme durch eine unabhängig-kommunistische Mehrheit.

Nahezu einstimmig wurde der Antrag unserer Fraktion angenommen, der die **Bereitstellung von Mitteln für den Kleinwohnungsbau** forderte.

Nach Aussprache und einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde auf Vorschlag des Genossen **Weyl**, da sich Beschlußunfähigkeit des Hauses ergeben hätte, die Beschlußfassung über einen Antrag betr. **Maßregelungen anläßlich des Elektrizitätsarbeiterstreiks** ausgesetzt.

### Die Kandidaten für den Berliner Stadtschulratposten

Der für die Vorbereitung der Wahl des Stadtschulrats eingesetzte Untersuchungsausschuß hat in der heutigen Besprechung beschlossen, für diesen Posten dem Wahlausschuß zwei Kandidaten vorzuschlagen, in erster Reihe den Berliner Stadtschulrat Dr. Reimann, an zweiter Stelle den von den Unabhängigen vorgeschlagenen Hamburger Volksschullehrer Wilhelm Paulsen, der dort eine Reihe von Gemeinschaftsschulen auf neuer Grundlage eingerichtet hat. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich gegen diesen Kandidaten ihre Stellungnahme vorbehalten. Die übrigen in der Oeffentlichkeit genannten Kandidaten sind vom Unterausschuß fallengelassen worden.

## Die Stinnifierung der Eisenbahnen

Uns wird geschrieben: Der Uebergang der Staatseisenbahnen in den Besitz des Reiches, der gesetzlich Anfang dieses Jahres vollzogen wird, war von vornherein ein Riesengeschäft der Einzelstaaten auf Kosten des Reichs. Die Einzelstaaten wurden auf Grund dieses Staatsvertrages nicht nur ihre gesamten Staatsschulden los, sondern sie erhielten noch Milliardensummen dazu gezahlt, obwohl das Reich die Eisenbahnen mit ihren gesamten Lasten übernehmen mußte. Auf diese Weise kamen die Eisenbahnen an das Reich, belastet mit einer Schuldsumme in der ungeheuren Höhe von 45 Milliarden Mark. Der Reichstag schluckte seltsamerweise diesen ungeheuerlichen Vertrag. Damals scheint niemand recht übersehen zu haben, welches der wahre Zweck dieser Maßnahme war: nämlich die praktische Verhinderung der Ueberführung der Eisenbahnen in Reichsbesitz. Die Vertreter der Einzelstaaten waren sich dessen bewußt, daß mit einer so ungeheuren Belastung das Reich die Verwaltung der Eisenbahnen nie würde durchführen können.

Jetzt tauchen bereits an allen Enden die reaktionären und partikularistischen Pläne auf. Im Schoße des Reichsverkehrsministeriums wird der Gedanke erörtert, die Reichseisenbahnen in sieben getrennte Verkehrsgesellschaften zu verwandeln. Dieser Gedanke steht im krassesten Widerspruch mit den Bestimmungen der Verfassung, nach denen die Verwaltung der Reichseisenbahnen in den Händen des Reiches bleiben muß. Aber nicht nur die Einzelstaaten hoffen auf diese Weise ihre partikularistischen Wünsche durchzusetzen und, nachdem sie dem Reich die Lasten aufgebürdet haben, praktisch wieder die Verfügung über die Bahnen zu erlangen, sondern auch die Herren um Stinnes hoffen auf ihre Rechnung bei dieser neuen Regelung des Verkehrswesens zu kommen. Man will nämlich diese Verkehrsgesellschaften in gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen verwandeln, will also einen Teil des Aktienbesitzes dem Privatkapital überlassen. Und selbst an die bekannte Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist gedacht.

Die Arbeiterschaft wird auf diese Pläne rechtzeitig aufmerksam gemacht werden müssen, damit sie nicht wieder wie beim Staatsvertrage vor vollendeten Tatsachen steht. Der Plan der Stinnisierung der Eisenbahnen selbst soll in den nächsten Tagen Gegenstand eingehender Betrachtung sein.

Den Eisenbahnern dürften diese feinen Pläne gerade rechtzeitig bekannt werden. Ihnen predigt man Treue und hier plant man, unbekümmert um die Verfassung, den Absichten des Herrn Stinnes ein gutes Stück entgegenzukommen. Wir fordern dringend sofortige und absolut eindeutige Aufklärung über diese Vorgänge.

## Internationale Streikstatistik

Eine in London veröffentlichte Statistik gibt einen Ueberblick über die Anzahl der Streiks in den verschiedenen Ländern während der ersten sechs Monate d. J.:

| | Streikende | Durch Streik verlorene Arbeitstage |
|---|---|---|
| Deutschland | 1 866 350 | 18 201 660 |
| Italien | 1 781 230 | 21 650 200 |
| Frankreich | 1 186 670 | 19 358 100 |
| Schweden | 180 070 | 4 779 170 |
| Spanien | 224 700 | 11 630 100 |
| England | 117 040 | 6 925 900 |
| Vereinigte Staaten | 958 700 | 11 787 400 |
| Australien | 203 400 | 7 602 000 |
| Belgien | 176 940 | 2 090 440 |
| Oesterreich | 97 540 | 902 900 |

Es sind insgesamt über 100 Millionen Arbeitstage durch das Streiken von etwa 9 Millionen Arbeitern verlorengegangen.

Es handelt sich hierbei nur um Streikbewegungen mit wirtschaftlichem Charakter. Das alles wäre nicht notwendig, wenn das Unternehmertum den Lohnforderungen, die durch die überall unendlich gesteigerten Preise notwendig werden, in vernünftiger Weise Rechnung tragen würde. Dann brauchte niemand über „verlorene Arbeitstage" zu klagen. Aber der Hang der Unternehmer zur Ausbeutung ist eben auch international.

## Die Weltkrise

### Herabsetzung von Löhnen in England

W. T. B. **London, 30. Dezember.**

In Swansea ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Eisenblechbranche ein Abkommen getroffen worden, durch das die Löhne um 30 Prozent herabgesetzt werden; von der Lohnherabsetzung werden 27 000 Arbeiter betroffen.

### Betriebseinstellungen in Amerika

**Paris, 30. Dezember.**

Wie „Chicago Tribune" aus Detroit meldet, sind die Ford-Automobilwerke wegen Mangels an Bestellungen bis zum 1. Februar geschlossen worden. Die Edison-Phonographenwerke in East Orange haben ihren Betrieb auf unbestimmte Zeit eingestellt. In Fall River haben sechs verschiedene Arbeitervereinigungen der Textilindustrie mit 35 000 Mitgliedern einer Lohnherabsetzung um 22½ Prozent zugestimmt, um die Fortführung der Betriebe zu ermöglichen.

**Höhere Einstufung von 300 Orten.** Der bereits mitgeteilte Beschluß, 300 Orte in höhere Ortsklassen einzureihen, ergibt für eine große Zahl von Beamten höhere Bezüge. Es handelt sich hier um eine vorgreifende Maßnahme, um wenigstens einem Teil der Beamtenschaft höhere Bezüge möglichst bald zukommen zu lassen. Die übrigen Beamten werden nicht benachteiligt werden, da das endgültige Ortsklassenverzeichnis, an dem mit größtmöglichster Beschleunigung gearbeitet wird, rückwirkende Kraft vom 1. 4. 20 erhält.

**Die Gewerkschaften in Finnland.** Die Gewerkschaftsbewegung in Finnland weist in letzter Zeit eine schnelle Entwicklung auf. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die zu Anfang dieses Jahres 40 000 betrug, ist jetzt auf 55 000 gestiegen. Innerhalb neun Monaten hat sich die Zahl der Mitglieder der finnländischen Gewerkschaften um 34 Prozent erhöht.

Ausschneiden!

Drucksache

An die

**Hauptexpedition der „Freiheit"**

**Berlin C 2**

Breite Straße 8-9

10 Pfg.-Marke

## Theater und Vergnügungen

**Volksbühne**
7 Uhr:
**Käthchen v. Heilbronn**

**Neues Volkstheater**
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: **„Amt Steinplatz 456"**

**Staatstheater.**
Opernhaus
6½ Uhr:
**Der Barbier von Sevilla**
Schauspielhaus
6½ Uhr:
**Die Journalisten**
Direktion: Max Reinhardt.

**Deutsches Theater**
½8 U.: **Cäsar und Kleopatra**

**Kammerspiele**
½7 Uhr: **Die Spieler**
**Der Heiratsantrag**
**Er ist an allem schuld**

**Großes Schauspielhaus**
Karlstraße
**Gesellschaftsabend**

**Lessing-Theater**
Direkt.: Victor Barnowsky
7 Uhr: **Flamme**
(Dorsch, Hartmann, Göhr, Pröckl)
Sonnabend bis Montag
7½ Uhr: **Flamme**

**Deutsch. Künstl.-Theater**
7 U.: **Die Scheidungsreise**
(Max Adalbert, Trude Hesterberg)
Sonnabend bis Montag
7½ Uhr: **Die Scheidungsreise**

**Neues Operettenhaus**
Direktion Jean Kren
Allabendlich 7.30 Uhr:
**Ha-Shi tanzt**
Sonntag 3½: **Der Obersteiger**

**Walhalla-Theater**
Täglich 7½ U.: **Kastelbinder**
(Alfred Läutner a. G.)

**Th. am Nollendorfplatz**
Täglich 7 Uhr:
**Wenn Liebe erwacht ...**

Theater i. d.
**Königgrätzer Str.**
8 Uhr: **Salome**
(Orska, Hartau, Liechtenstein, Beidt, Huerlier, Dernburg)
**Neujahr: Salome**
Nachm.: **Rausch**
Sonntag: **Salome**
Nachm.: **Rausch** (Orska)
Montag: **Salome**
Dienstag: **Salome**

**Komödienhaus**
Täglich:
½8 U.: **Die Sache mit Lola**
mit **Max Pallenberg**
Neujahr und Sonntag nachm.
3 Uhr: **„Sie"**

**Berliner Theater**
7 Uhr: **Die spanische**
**Nachtigall**
mit **Fritzi Massary**
Neujahr und Sonntag nachm.
**Der letzte Walzer**

**Rose-Theater**
7½ Uhr: **Ein vorsichtiger Mann**

⅛8 **Casino-Theater** ⅛8
**Der Fehltritt einer Frau**
Am 1. u. 2. Januar
nachm. 3½ Uhr:
**Eine fidele Ehe**

**Königstadt-Theater**
Alexanderstr. 21 Bhf. Jannowitzb.
Täglich 7.30 U.: **Gala-Sänger**

**Trianon-Theater**
Heute abend 6½ Uhr:
**Kammermusik**
Lustspiel von Heinz Zigenstein
Carl Clewing, Lygia Berg, Olga Limburg, Hans Albers.
Sonnabend u. Sonntag 4 Uhr, halbe Pr., **Der Roman einer Frau**

**Residenz-Theater**
Heute abend 7 Uhr:
**Lady Windermeres Fächer**
von Oscar Wilde
(Hans Arnhäde, Adele Sandrock, Carola Toelle, Arnold Korff)
Sonn. u. Sonntag 4 U., halbe Pr.
**Die Freundin**

**APOLLO**
Friedrichstr. 218
Auftreten **Kapitän Ransen**
mit seinen dressierten
**Seelöwen**
und die übrigen Dezember-Sensationen !!!

**Residenz-Kasino**
Blumenstraße 10
Heute, den 31. Dezember
**Gr. Silvester-Feier**
unter Mitwirkung erster Künstler
**Anfang 7 Uhr**
Tischbestellungen Kgst. 3095.

**Theater a. Kottbusser Tor**
Kottbusserstr. 5-7
Tägl. 7½ u. **Sonntag nachm. 3 Uhr**
**Elite-Sänger**
Nur noch bis 31.12.
Das herrliche **Weihnachts-Programm!**
Ab 1. Januar:
**Neues Programm!**
Am 1. u. 2. Januar, nachm. 3 Uhr: **Gr. Nachmittags-Vorstellung** zu ermäßigten Preisen bei vollem Abendprogramm!
Vorverkauf: 11—1½ u. 4—6 U.

**Concordia-Palast-Theater**
64 Andreasstraße 64
**Lotte Neumann in „Moj"**
Der geheimnisvolle Steinbruch. II. Teil
Auf der Bühne:
Gastspiel **Walter Formes Brüderlein fein!**

Friedrichstr., Ecke Leipziger
**Große Silvesterfeier**
in allen Sälen des Etablissements
**Grosses Programm!**
Beste Küche. — 8. Weine.

3000 Personen fassend **Tivoli** 3000 Personen fassend
**Chaussee-Str. 25 am Stettiner Bahnhof**
Täglich: Großes **Konzert**
**Vaudeville und Cabarett-Schau**
Beg. a. d. Wochentagen 6 Uhr, a. Sonntagen 4½ Uhr Nachm.
**Freitag, den 31. Dezember**
**Gr. Carneval-Silvester-Feier**
unter Mitwirkung sämtl. Künstler und Künstlerinnen sowie eines großen Teiles der für Januar verpflichteten Artisten.
**2 Bühnen 2 Kapellen**
**Sonnabend, 1. Januar (Neujahr)**
**Gala-Première**
**Tivoli auf Stelzen m. Erich Carow**
und die neuengagierten Spezialitäten.
**Die Direktion.**

**Königstadt-Theater**
Alexander-Straße 21
**Gala-Sänger**
Neujahrstag und Sonntag, den 2. Januar
**2 Vorstellungen**
3 Uhr — 7½ Uhr
Nachmittags 1 Kind frei.

**Königstadt-Kasino**
Holzmarkt-Straße 72
**Gr. Ball**
am Silvester-Abend.
Neujahr u. Sonntag, den 2. Januar
**Großer Ball**

½8 **Folies Caprice** ½8
am Brandenburger Tor
**9 Monate a dato**
mit Ferd. Grünecker, Rud. Rudolff, Georg Er. Schm. dt.

**Meyers** Konversations-lexikon, 5. (letzte) Auflage in 22 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

## Silvester-Scherze

**Scherzkorken** mit Schlange oder Sprühregen 1 M. **Verlobungs-Orakel** 2 M. **Zigarren mit Niespulver** 1 M. **Knallende Schneeflocken** 1 M. **Rauchender Schornstein, rauch. Kerze** 1 M. **Stinkzigarren** 50 Pf. **Zigaretten** mit Feuerwerk oder stinkend, Karton 10 Stk. 1 M. **Schneefall** 50 Pf. **Ruhfall** 50 Pf. **Scherzpralinee** Karton 1,50 M. **Fliegende Würste** 1 M. **Sterb. Schwein** 1,50, 2,50 M. **Ulkwürste**, wie richtige, 1,50, 2 M. **Gießbiei** Dtzl. 2.–, 3.–, 4.– M. **Nasen, Masken, Mützen, Fächer, Girlanden, Lampions, Blumen, Schneebälle, Konfetti, Papierschlangen,** größte Auswahl, billig. **Knallbonbons** Dtzd. von 3.– M. bis zu den feinsten. **Radauartikel. Käppi mit Stimme** 1,50 M. **Hüte,** die beim Grüßen laut schreien, 3.– M. **Feuerwerk** aller Art. Sortimente in 5, 10, 20, 40, 60 M. **Bengalfeuer. – Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. – Gegründet 1890.**
**A. Maas & Co.,** BERLIN, Markgrafenstr. 84, an der Lindenstraße. Mpl. 3672

**Briefmarken :: Münzen**
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang v. d. Friedrichst. (Nr. 108) Norden 10621

**Dynamodraht**
in Baumwolle, Seide und Emaille, kauft jeden Posten
**Elektrobüro,** Grüner Weg 100.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todesanzeige**

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen gestorben sind:

Der Schlosser
**Paul Roll**
Neukölln, Pannierstraße 63, am 29. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Montag, den 3. Jan. 21, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Der Bohrer
**Hermann Weiland**
Böttcherstraße 22, am 29. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Dienstag, den 4. Januar, vorm. 11½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
**Karl Wolf**
Bethanien-Ufer 9, am 5. d. Mts. verstorben ist.
**Ehre ihrem Andenken!**
**Die Ortsverwaltung.**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband
**Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85**
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

**Achtung! Achtung!**

Unsere Bureaus werden am 31. Dezember 1920 um 1 Uhr **geschlossen.** **Die Ortsverwaltung.**

## Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband
Filiale Berlin II Sebastianstraße 37-38

**Herren-Konfektion, Hosen- u. Westen-Schneider und Schneiderinnen!**

Am **Montag, den 3. Januar 1921,** abends 7 Uhr, bei **Borker,** Webestraße 17

**Branchenversammlung**

Tagesordnung: Bericht von den zentralen Verhandlungen. Referent: Kollege Fischer.

**Kolleginnen und Kollegen! Sorgt durch Agitation für Massenbesuch, es gilt unsere Zukunft zu bauen.**
**Die Kommission.**

**Zuschneider- und Zuschneiderinnen der Herren-, Knaben- und Gummimäntel-Konfektion**

Am **Dienstag, den 4. Januar 1921,** abends 5 Uhr bei **Schulz,** Königsgraben 2

**Branchenversammlung**

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

**Kollegen und Kolleginnen erscheint in Massen.**
**Die Kommission.**

**ANLEGERIN**
für Steindruck verlangt durch Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rückerstr. 6.

**Ausschneiden!**

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

**„Freiheit"**
Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung zum Preise von M. 10 monatl., halbmonatl. M. 5 bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____ Nr. _____

Ort: _____ Straße: _____

(Namen deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: vorn, Hof, Stiff., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Straße 8-9, einzusenden.

Der Verlag.

# Kohlenwirtschaft und Wiederaufbau

### Jouhaux berichtet über seine Eindrücke in Deutschland

Auf Veranlassung des Internationalen Gewerkschaftsbundes weilten vor einiger Zeit unter Führung des Genossen Fimmen einige Persönlichkeiten aus den Kreisen der internationalen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, um die Zustände im Ruhrgebiet zu studieren und mit den deutschen Gewerkschaften über die Frage der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete Frankreichs Beratungen zu pflegen. Darunter befand sich auch der Genosse Jouhaux.

In dem französischen Gewerkschaftsblatte „L'Atelier“ berichtet jetzt der Genosse Jouhaux über seine Eindrücke in Deutschland. Er richtet zunächst an die französische Regierung die dringende Warnung vor der Besetzung des Ruhrgebiets. „Die Arbeiter des Ruhrgebiets“, schreibt Jouhaux, „machen beträchtliche Anstrengungen, arbeiten mit allen Kräften, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.“ Man dürfe aber nicht darauf rechnen, daß sie unter dem Druck der Bajonette denselben Eifer entwickeln würden. Von ihrem guten Willen könne man alles erwarten, aber nichts unter einem Sklavenregiment. Jouhaux schließt seine Betrachtungen über die Erfüllung des Kohlenabkommens von Spaa mit den Worten:

„Die Frage nach den Kohlen, die wir gebrauchen, die die Deutschen gebrauchen, kann durchaus nicht gewaltsam gelöst werden. Die Lösung ist, daß man den Arbeitern, die die Kohlen fördern, gestattet, ihre Kräfte wieder zu erlangen, damit sie fortfahren können, ihre sämtlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist jedoch mehr als die Frage eines Landes an ein anderes. Es ist nicht das allein. Es verbindet sich mit einer Reihe von Fragen, deren Regelung das ganze Europa angeht.“

Die Lösung des Kohlenproblems, das in der Tat ein internationales ist, auf die von Jouhaux angedeutete Art, ist nur möglich durch die Einsetzung der Kräfte des internationalen Proletariats mit dem Ziele, die Kohlenwirtschaft der Ausbeutung durch das Kapital zu entziehen. Eine andere Lösung gibt es nicht. Es war daher richtig, daß schon der internationale Bergarbeiterkongreß in Genf und ebenso der internationale Gewerkschaftskongreß in London den Kampf um die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft auf das Programm der internationalen Gewerkschaftsbewegung gesetzt hat. Wir erwarten von Jouhaux, daß auch er in seinem Wirkungsbereich die Kolonnen für diesen Kampf formiert und seinen Einfluß zur Verwirklichung der Sozialisierung aufbietet.

In einer weiteren Ausgabe des gleichen Blattes beschäftigt sich Jouhaux mit der Frage des Wiederaufbaues und schreibt:

„Unsere Genossen in Deutschland haben formell erklärt, daß sie es als ihre Pflicht betrachten, an dem Werke der Wiederherstellung teilzunehmen und daß sie bereit sind, sich dazu zur Verfügung zu stellen. Wir haben unsererseits erklärt, daß die französischen Arbeiter bereit sind, ihre Mitarbeit anzunehmen, und daß wir die Bürgschaften für gerecht und notwendig halten, die sie fordern in Hinsicht auf das Gewerkschaftsrecht, die Bewegungsfreiheit und die Anwendung der sozialen Gesetze, die sie in ihrem Lande genießen.

**Das sind nun nicht leere Versprechungen. Die Vertreter der Bauarbeiterorganisationen Deutschlands haben darauf hingewiesen, daß ihre Regierung sie schon aufgefordert habe, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es haben im Januar 1919 Verhandlungen mit Vertretern der deutschen Regierung, der französischen Regierung, der deutschen Gewerkschaften, unseres Bauarbeiterverbandes und des französischen Gewerkschaftsbundes stattgefunden. Sie erzielten nichts, und die Verantwortung für das Scheitern fällt gänzlich auf die französischen Minister zurück, die sich verpflichtet hatten, im Dezember eine Antwort zu geben — auf die man noch wartet.“**

Jouhaux macht der französischen Regierung den Vorwurf, daß sie die Vorschläge nicht habe berücksichtigen wollen, die ihr gemacht worden sind, daß sie sie ohne Antwort gelassen hat, daß sie noch nicht begonnen hat, sich wirklich zum Zwecke des Wiederaufbaues zu bemühen. Aus welchem Grunde? fragt Jouhaux. Und er gibt die Antwort selbst, indem er fortfährt:

„Unser Besuch in Deutschland, das sagen wir rund heraus, hat neue Bestätigungen über die Gewißheit gebracht, über die besonderen Interessen, die hier noch immer voranstehen und das Allgemeinwohl ausbeuten.

Die Unternehmer, eifersüchtig auf die Kriegsgewinne ihrer Kollegen in der Metallindustrie und der Zwischenhändler in der Lebensmittelversorgung, betrachten die verwüsteten Gebiete als ihr eigen. Es ist ein „Kuchen“, den sie mit niemand teilen wollen; die deutsche Mitarbeit in Arbeitskräften, in Baustoffen, in Geldmitteln würde ihren Anteil vermindert haben . . .

Wir stellen fest, daß es möglich gewesen wäre, sie (die zehn zerstörten Departements) schnell wiederherzustellen und ohne den Nutznießern der Erdarbeiten und des Bauwesens einen **Vorwand zu ungemessenen Profiten zu geben.** Man hat nichts in diesem Sinne getan. Wir glauben jedoch auf keinen Fall, daß man vor dieser Gier, vor diesen Bestrebungen zurückweichen soll. Und wir haben in Berlin beschlossen, uns an die nationalen und internationalen Arbeiterorganisationen zu wenden, **einen Aufruf an die Bewohner der unglücklichen Gebiete zu erlassen, die öffentliche Meinung zu unterrichten und dieser zu zeigen, daß es nicht nur im Interesse der in Rede stehenden Gebiete liegt, sondern im Interesse ganz Europas, aller Nationen, die von dem Zusammenbruch ergriffen oder doch von derselben Gefahr bedroht sind.“**

Daraus geht hervor, daß die Profitgier des französischen Kapitals bisher den Wiederaufbau verhindert hat. Das ist keine Enthüllung und es ist kein Vorwurf, der die französische Kapitalistenklasse allein trifft. Ein Narr ist, wer vom Kapital etwas anderes erwartet hätte. So pflegt das Unternehmertum grundsätzlich in allen Fällen gleicher Art zu handeln, und auch der innere wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands — oder wie man die Herstellung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse, die das Leben möglich machen, immer bezeichnen mag — wäre leichter möglich, wenn nicht die Macht und das Profitinteresse des Kapitals der Belebung der Wirtschaft hindernd im Wege stünde. Die Arbeiterklasse und der Sozialismus sind allein imstande, den Zusammenbruch, von dem auch Jouhaux spricht, abzuwehren und eine Wirtschaftsordnung zu schaffen. Es ist daher zu begrüßen, daß der von Jouhaux erwähnte Berliner Beschluß die Frage des Wiederaufbaues zu einer Angelegenheit der internationalen Arbeiterbewegung macht. Der Beschluß ist zugleich ein neuer Beweis für die praktische Aktivität der Amsterdamer Internationale, und es ist nur zu hoffen, daß er bald in die Tat umgesetzt werde. „Ohne ein freies Zusammenwirken der Völker bei dieser Arbeit“, schließt Jouhaux seine Betrachtungen, „ohne eine Solidarisation der materiellen, moralischen Interessen der Nationen, treibt Europa zu einem Zusammenbruch und mit ihm die Welt“.

## Groß-Berlin

### Zur Protestaktion am 2. Januar

Zu der am 2. Januar im Berliner Lustgarten stattfindenden Demonstration können die Gewerkschaftsfunktionäre und Distriktsleiter heute Freitag, den 31. Dezember, in der Zeit von 10 bis 4 Uhr im Berliner Parteibureau, Breite Straße 8/9, Agitationsmaterial in Empfang nehmen. Legitimation ist mitzubringen. Die Geschäftsleitung.

### Ein Millionenschieber verhaftet

Dem Landespolizeiamt in Essen ist es durch Ermittlungen gelungen, größeren Schiebungen auf die Spur zu kommen, die noch während des Krieges von einer Anzahl von Personen verübt worden sind und durch die das Reich um viele Millionen geschädigt wurde. Einem Grenzsekretär des Landespolizeiamtes in Essen gelang es nämlich festzustellen, daß in der Nähe von Emmerich an der holländischen Grenze Effekten von Deutschland nach Holland geschmuggelt werden sollten. Einer der Schmuggler konnte festgenommen werden. Es wurden bei ihm größere Summen festgestellt, und er gestand, im Auftrage eines Fabrikanten H. zu handeln, der mehrere Personen mit Kapitalschmuggel beschäftige. Das Landesfinanzamt in Essen, dem von dem Geständnis des Schmugglers Kenntnis gegeben wurde, ließ nun den Fabrikanten H. überwachen, und es wurde festgestellt, daß der Fabrikant, der jetzt ein Vermögen von nahezu 45 Millionen Mark besitzt, mit einem vor dem Kriege in Berlin wohnhaften Tischler, der in äußerst bedürftigen Verhältnissen lebte, identisch ist. Die weiteren Nachforschungen ergaben nun, daß der Fabrikant H. zu Beginn des Krieges von der Wumba Aufträge zur Lieferung von Munitionskisten erhielt, die er weiter vergab, wobei er pro Kiste 6 bis 7 Mark verdiente. Die immer größeren Umfang annehmenden Aufträge verschafften dem Fabrikanten H. schließlich eine Art Monopol in der Herstellung von Munitionskisten. H. wird nun beschuldigt, durch Bestechung einen Beamten verleitet zu haben, ihm weit größere Aufträge zu erteilen, als er eigentlich berechtigt war, und daß bei der Verrechnung der gelieferten Waren große Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Durch das Hineinziehen der Wumba in die Affäre wurden die Ermittlungen in Berlin fortgesetzt. Diese Ermittlungen wurden dadurch erleichtert, daß von der Abwicklungsstelle der ehemaligen Feldzeugmeisterei bereits ein Verfahren gegen H. eingeleitet worden war. Die Feldzeugmeisterei hatte nämlich verschiedene Unregelmäßigkeiten konstatiert und war dabei auf die bereits eben geschilderte Verbindung und auf das Material gestoßen, das sich schon stark verdichtet hatte. Die Feldzeugmeisterei hatte dieses Material dem Staatsanwalt übergeben, der gegen verschiedene Angestellte der Wumba ein Verfahren einleitete. Bisher sind 5 Personen verhaftet worden, doch scheint damit der Ring der belasteten Personen noch nicht geschlossen zu sein.

### Ein goldener Fang

Der Steglitzer Kriminalpolizei ist gestern vormittag ein guter Fang gelungen. Es war ihr zur Kenntnis gelangt, daß in einem kleinen Leder- und Kofferwarengeschäft in der Kommandantenstraße Goldverschiebungen in großem Umfange betrieben werden. Die Polizei beobachtete das Haus, und es gelang tatsächlich, einen gewissen Sigmund Spielmann in dem Augenblick zu verhaften, als er ein vor dem Haus stehendes Auto mit drei schweren Koffern und Handtaschen beladen ließ, um zum Potsdamer Bahnhof zu fahren. Spielmann wurde verhaftet und das Gepäck einer eingehenden Prüfung unterzogen. Es ergab sich, daß die Koffer einen doppelten Boden enthalten, in dem 50 Barren Gold in Platten- und Stangenform im Gesamtgewicht von 60 Pfund und im Werte von etwa 1½ Millionen Mark verborgen waren. Es kann angenommen werden, daß die Koffer schon mehrmals zur Verschiebung von Gold ins Ausland benutzt wurden, da sie mit Gepäckaufbewahrungszetteln der tschechoslowakischen Eisenbahnen beklebt sind. Im Besitz des Verhafteten wurde eine Schlafwagenkarte 2. Klasse nach Köln vorgefunden.

---

**Verhaftung einer zwölfköpfigen Einbrecher- und Hehlerbande.** Den umfangreichen, unausgesetzten Ermittelungen der Beamten des Dienstbereiches BI 14 der Berliner Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, durch die Verhaftung einer gefährlichen Einbrecherbande und ihres Anhangs eine große Zahl der in den letzten Monaten im Westen der Stadt verübten Einbrüche aufzuklären. Besonders zahlreich waren, wie wir wiederholt berichteten, die in Berlin W, Schöneberg, Wilmersdorf und Charlottenburg, sowie der westlichen Vororte Berlins verübten Einbrüche in Wohnungen im hohen Erdgeschoß. Da den Einbrechern dabei an Teppichen, Silbersachen und Kunstgegenständen an den einzelnen Stellen Werte von mehreren Hunderttausend Mark in die Hände fielen, so ging ihre Gesamtbeute bald in die Million. Die Einbrecher gingen dabei stets nach einem besonderen Plane vor. Tagsüber kundschafteten sie im hohen Erdgeschoß belegene herrschaftliche Wohnungen aus, deren Schlafräume nach hinten liegen. Nachts warfen sie dann mit einem Stein ein Fenster der an der Straßenseite liegenden Wohn- oder Arbeitsräume ein und warteten die Wirkung des Klirrens der Glasscherben ab. Wenn das Geräusch nicht von dem im Schlafe liegenden Wohnungsinhaber gehört worden war und alles ruhig blieb, so stiegen zwei der Einbrecher, der Kellner Friedrich Rietz aus der Invalidenstraße und der Stellmacher Rudolf Achterberg aus Luckenwalde, in die Wohnung ein, rafften dort an Teppichen, Tischdecken, Wandbekleidungen, Silbersachen usw., was sie schnell erlangen konnten, zusammen und warfen es aus dem Fenster hinaus. Dort wurde die Beute von dem Kraftwagenführer Karl Zoll aus der Wartburgstraße, der mit einem Automobil in der Nähe wartete, aufgelesen, in den Wagen gepackt und dann damit fortgeschafft. Behilflich war ihnen dabei außerdem noch ein gewisser Erich Kessel, durch den die Kriminalpolizei der Bande auf die Spur gekommen ist. Er hatte erzählt, daß er bei mehr als 30 derartigen Einbruchsdiebstählen, so auch bei dem in die Chilenische Gesandtschaft beteiligt gewesen

---

# Ismer

### Erzählung von Julius Levin

(9. Fortsetzung)

Als er in den Unterstand einrückte, schleppte er im Tornister etwas mit, das ihn zwang, mehr nach vorne übergebeugt zu gehen, als es bisher seine Art gewesen war. Er hatte in sich etwas Ranziges noch obendrein, und es verdarb ihm die Reinheit des Geschmacks, der er bisher einen wesentlichen Teil seiner guten Stimmung verdankt hatte.

Mit einem Male war ihm wieder so, wie wenn er nichts Gutes ahnte. Fast hätte er sich geschämt. Er bäumte sich auf gegen die Last des Tornisters, mit dem er bei den sonstigen Märschen verwachsen gewesen war wie mit seinen Schultern und seinem Rücken, und die er so wenig gemerkt hatte, wie was darauf lag. Der Kanonendonner, an den er sich schon gewöhnt zu haben glaubte, tönte ihm heute als etwas Fremdes, Unheimliches in die Ohren.

Teufel auch!

Mut, alter Junge!

In Ismers Gemüt ging es drunter und drüber.

Der Gesang der Kameraden, der wenigstens den Tritt zu erleichtern pflegte, erschien ihm heute als eine Störung, da er ihn zu sich zurückrief, während er ihn sonst seiner selbst vergessen machte. Ismer kam es neuerdings komisch vor, daß Leute sangen, die nicht wußten, ob sie den Tag überleben werden. Freilich war es möglich, daß es ihnen so gleichgültig war, wie er es selbst früher angesehen hatte. Aber er zweifelte jetzt daran, daß es ihnen gleichgültig sein konnte. Er glaubte sicher zu sein, daß sie sich verstellten. Alle nicht, aber mehr als einer.

Ismer empfand heute seltsamerweise Lust, den Gedanken nachzuhängen, die er sonst meistens abgewiesen hatte. Er lockte sie an sich, wie die Köchin die Hühner, nahm sie auf und hätschelte sie.

Es waren wieder richtige Todesgedanken.

Er stellte sich nun wirklich einmal vor, was denn mit ihm und überhaupt geschehen würde, wenn ihn die Kugel traf. Er selbst wäre dann fort, und alles, was ihm lieb und teuer war, existierte nicht mehr für ihn. Krausnickstraße adjö! Kein Wiedersehn!

Und Emilie Kriegerwitwe! Aber nicht in Schwarz. — Dazu würde es nicht langen.

Mehr als hundertmal hatte Ismer dasselbe gedacht, was ihm heute einfiel, aber niemals davon einen wirklichen Eindruck verspürt. Heute lastete es auf ihm, wie ein Stein, wie ein Gift durchdrang es ihm die Säfte und verpestete sie so, daß ihm das bittere ekelhafte Ziehen von der trockenen Kehle auf die tönerne Zunge und zurücklief, ohne daß ihm Zeit blieb, auszuspucken.

Alles blieb drinnen stecken und kollerte ihm die Adern entlang, die schienen davon schwitzen zu wollen.

Oder war der Tag ohnehin so heiß?

Heute ging es sicher nicht gut ab!

Trippe, trapp! Trippe, trapp! Immer vorwärts marsch!

Plötzlich schlägt nicht weit vor der Mannschaft eine Granate ein.

„Deckung suchen!“ schreit mit einemmal der Hauptmann, der nach vorn stürzt.

Was keine Deckung sieht, wirft sich platt auf die Erde hin.

Der Alarm ging bald vorüber.

„Nach rechts zu vorkriechen, dann den Graben entlang!“ hieß jetzt der Befehl.

Die Mannschaft wagte schließlich den Graben entlang zu laufen, und kam auch, ohne Schaden zu nehmen, an die Stellung heran.

„So 'ne Afferei!“ meinte der lange Emil. „Eenmal zu funken! Bloß det man de Pfeife nich zu Ende roochen kann! Det wollen se!“

„Dassikesache!“ sagte der Bonbonmacher, mit dem der lange Emil „janz speziell“ Brüderschaft getrunken hatte, obwohl die Mannschaft sich schon ohnehin untereinander duzte.

Ismer hörte zwar darauf, was da gesprochen wurde, aber es machte ihm nicht die Sohlen naß, geschweige denn den Stiefelschaft.

„Das war das Signal oder der Anfang der Vorstellung!“ dachte er sich. Merkwürdigerweise ging ihm das Wort, das er einmal auf einem Jahrmarkt ausgesprochen gehört hatte, durch den Sinn. Und plötzlich stand vor ihm die ganze Schaubude, in die er einmal mit einem Mädchen gegangen war, das seine Braut hieß, als er in Oberschlesien in Kondition stand.

Zu dumm! dachte er sich und schüttelte sich, wie um sich zur Wirklichkeit zurückzurufen.

Drei Stunden später fiel der lange Emil.

Er hatte frecherweise über die Böschung geguckt, und noch ehe er den Kopf zurückziehen konnte, war er von einer französischen Kugel durchbohrt. Man schaffte den Toten beiseite, um ihn zur Nacht einzuscharren. An der Chaussee nach Arras zu wurde er begraben, als es finster wurde und die Käuze in den Bäumen zu leiern begannen. Ismer befand sich unter den Begleitern. Es war ihm eigen zumute, als der lange Emil so ganz still, ohne eine Bemerkung zu machen, vor ihm lag und schließlich sogar unter der Erde verschwand, ohne einen Ton zu reden.

„In der Heimat . . . ein Wiedersehn?“

Sicher war die Sache nicht . . . Das sah Ismer immer deutlicher.

•

Am nächsten Tage wurde Ismer abgelöst.

Für die darauffolgende Nacht aber war eine größere Erkundungsunternehmung geplant.

„Freiwillige vor!“ sagte der Hauptmann.

Ismer zögerte einen Augenblick. Dann aber trat er aus der Reihe heraus.

Keine Schwäche!

Wenn Emilie doch Witwe werden sollte, dann lieber bald! Wenigstens war sie dann Witwe eines tapferen Kriegers.

Eine Karte von ihr lag wohl schon auf dem Postamte hinter der Front. In der Nacht wird die Karte in die Linie gelangen, und bei der Verteilung wird der Feldwebel fragen: „Wo ist Ismer?“ Dann wird er bald Antwort haben, wenn die Patrouille zurück ist. Es wird heißen: „Gefallen“. Und, wenn die Patrouille noch nicht zurück ist, wird er dieselbe Antwort später bekommen und auf die Karte schreiben: „Er starb den Heldentod!“

So wird es immer heißen. Und seine Sachen werden Emilie zugeschickt werden, die darüber weinen wird. Vielleicht das erstemal seit dem Abende, wo er sie geschlagen hatte.

Donnerwetter! Muß ihm auch gerade jetzt diese ekelhafte Geschichte wieder einfallen! . . .

Weg damit! Sie könnte auf seinem Gesichte abfärben . . .

Das fehlte noch gerade!

Keine Schwäche!

Der Leutnant mußte ihn abkommandieren! Ohne weiteres, im Vertrauen auf seine Tapferkeit!

Der Leutnant ließ den Blick über die Vorgetretenen schweifen. Ismer wurde ausgewählt und trat mit einer gewissen Würde auf die Seite.

Sobald die Patrouille gebildet war, gab es die Instruktion.

Es handelte sich darum, in der Nacht sich an die Drahtverhaue des nächsten feindlichen Grabens heranzuschleichen, sie zu durchschneiden und, wenn möglich, in den Graben einzudringen, mindestens aber festzustellen, ob er noch besetzt war oder nicht.

„Zu Befehl!“

(Fortsetzung folgt.)

sei, war dann aber verschwunden, als ihm die Kriminalpolizei nachspürte. Kriminaloberwachtmeister Lahmann mit seinen Beamten setzte die Nachforschungen nach Kessel jedoch unausgesetzt fort, bis jetzt endlich seine Festnahme und die Entlarvung der ganzen Bande gelang. Er erfuhr, daß Kessels Mutter gestorben war und ließ deshalb bei der Beerdigung den Kirchhof observieren. Aber Kessel erschien nicht. Es gelang aber bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß er sich in einem Quartier in der Joachimsthaler Straße aufhalte. Dort wurde er dann verhaftet. Bald darauf gelang es, auch Rietz, Achtenberg und Zoll ausfindig zu machen und festzunehmen. Alle drei hatten „noble Passionen". Rietz und Zoll waren „Sportsleute". Rietz unterhielt ein Rennpferd, daß er vorläufig in einem Tattersall untergestellt hatte. Zoll hatte sich ein eigenes Automobil gekauft. Mit den Einbrechern verhaftet wurden bisher noch weitere acht Personen, Schieber und Hehler, die die reiche Beute zu Geld machten.

**Ein brutaler Hauswirt.** Gestern geriet der Hauseigentümer Karl Chirong auf seinem Grundstück Kaiserstraße 43 mit dem Portier Johannes Haerke in einen Streit. Im Verlaufe desselben zog Chirong einen Revolver aus seiner Tasche und gab auf Haerke einen Schuß ab, durch den dieser am rechten Oberschenkel verletzt wurde. H. mußte nach einem Krankenhause gebracht werden.

**Wegen einer folgenschweren Explosion** von Feuerwerkskörpern wurde die 6. Kompagnie am Donnerstag nach der Müllerstr. 14a alarmiert. Dort waren in einem Papierwarengeschäft beim Verkauf von Feuerwerkskörpern mehrere explodiert, wobei eine Frau und ein Knabe lebensgefährlich und ein zweiter Junge leicht verletzt wurden.

**Der Mädchenmörder Willy Birkholz** wurde gestern abend unter sicherer Bedeckung noch einmal nach dem Tatort seines Verbrechens und seiner Umgebung gebracht. Dieser Lokaltermin, an dem auch der Staatsanwalt Cauer teilnahm, bestätigte weiter alle bisherigen Ermittelungen der Kriminalpolizei. Das Publikum, das sich ansammelte, war sehr erregt und drohte gegen den Mörder handgreiflich zu werden. Die Beamten schützten ihn jedoch vor jedem Angriff. Birkholz wird nunmehr dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Weiteren Vergehen und Verbrechen an kleinen Mädchen, die ihm ebenfalls zur Last fallen könnten, geht die Kriminalpolizei jetzt noch näher nach.

**Für die schleunige Bildung der Bezirksämter** tritt ein von der Deutschen Volkspartei eingebrachter Antrag an die Stadtverordnetenversammlung ein. Der Magistrat wird darin ersucht, die Vorlagen über das Ortsgesetz wegen der Besetzung der 20 Bezirksämter mit besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern und deren Besoldung schleunigst einzubringen. Diese Vorlagen sollen nach dem Antrage ebenso wie die Wahl der Bürgerdeputierten in die Verwaltungsdeputationen als erste Punkte auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden.

**4. Verwaltungsbezirk, Prenzlauer Tor.** Montag, den 3. Januar, abends 7 Uhr, Gethsemanestr. 4, Zimmer 3, Fraktionssitzung. Mittwoch, den 5. Januar, abends 6 Uhr, in der Aula der Schule Gethsemanestr. 4, Bezirksversammlung.

**6. Verwaltungsbezirk (Hall. Tor).** Die Fraktion tritt heute um ½5 Uhr zu einer kurzen Besprechung im Zimmer 3 zusammen.

**Silvesterfeier des 5. Distriktes.** Der 5. Distrikt veranstaltet heute abend 7 Uhr in den Räumen des Gewerkschaftshauses eine große Silvesterfeier mit Musik, Theateraufführung, Tanz, Ueberraschungen usw.

## Gewerkschaftliches

### Unklarheit und Lauheit

Die letzte Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre macht einige kritische Bemerkungen notwendig. Sie zeigte bei der Abstimmung eine bedauerliche Unklarheit und Lauheit der Anhänger unserer Partei, die eine schwere Schädigung unserer und der Gewerkschaftsbewegung zur Folge haben kann. Nach den zu Beginn der Versammlung gemachten Feststellungen waren etwa 400 Funktionäre zugegen, von denen sich zur S.P.D. 142, zur U.S.P.D. 143 und zur K.P.D. 115 rechneten. Bei der Abstimmung aber waren nur noch etwa 325 zugegen. Dieses vorzeitige Verlassen der Versammlung, so zwingend der Grund auch für den einzelnen gewesen sein mag, ist eine der Ursachen für den unklaren Verlauf der Abstimmung, die durchaus nicht die wirkliche Meinung der Gewerkschaftsfunktionäre darstellt.

Die von der Gewerkschaftskommission vorgelegte Entschließung enthielt nicht nur eine grundsätzliche Betrachtung der Ursachen der jetzigen Wirtschaftskrise, sondern sie zeigte auch die jetzt bereits gangbaren Wege, die eine Linderung der Not der Arbeitslosen herbeiführen können. Gegen diese klar und bestimmt formulierten Forderungen konnten deshalb die Kommunisten auch nicht das geringste einwenden. Trotzdem reichten sie eine eigene Entschließung ein, die im Gegensatz zu der der Gewerkschaftskommission den Gipfelpunkt der Unklarheit darstellt. Obwohl z. B. der kommunistische Korreferent Heckert in der vorhergehenden Versammlung nicht imstande war, die kommunistische Parole nach Produktionskontrolle einleuchtend zu erklären, war in dieser Entschließung die Forderung nach „Kontrolle der Rohstoffgewinnung" wiederum aufgetaucht. Das Phrasenhafte der Entschließung der Kommunisten sah dann letzten Endes die Versammlung selbst ein, indem sie noch eine weitere Resolution, die sich für die sofortige Sozialisierung der dazu reifen Betriebe aussprach, annahm.

Ein solches Durcheinander ist nicht geeignet, den Kampf der Gewerkschaften für die Arbeitslosen zu fördern. Anstatt der Arbeiterschaft klare und eindeutige Wege zu weisen, haben sie von dieser Versammlung wiederum nur unklare Parolen erhalten, die den Kampf nicht stärken und den Massen der Indifferenten nicht das Zutrauen geben, daß sich die Gewerkschaften selber über die Wege im Klaren sind. Es erscheint uns deshalb endlich an der Zeit, daß diesem von den Kommunisten mit Absicht in die Gewerkschaften hineingetragenen Wirrwarr ein Ende gemacht wird. Wenn die Gewerkschaften solche Versammlungen einberufen, so müssen sie durch eine gründliche Vorbereitung und durch die lebhafte Anteilnahme der Elemente, die wissen, was sie wollen, auch dafür sorgen, daß diese Versammlung dann schließlich ein positives Ergebnis haben. Sonst dienen sie weder zur Stärkung des Ansehens der Gewerkschaften noch zur Förderung der Hilfe für die Arbeitslosen.

### Eine Affenkomödie

Wie wir bereits vor einiger Zeit berichteten, sucht die Reichsstelle für Textilwirtschaft die paritätische Zusammensetzung der Reichswirtschaftsstelle zu hintertreiben. Der Haupttreiber in dieser Sache ist ein Herr Regierungsrat von Schöller. Zunächst sollte durch Fragebogen festgestellt werden, welche Arbeitnehmer sich als Vertreter einer Reichswirtschaftsstelle eignen. Daß die Berufsverbände, welche die Vorschläge für die Arbeitnehmer machten, auch ein Interesse daran hatten, Männer, die Sach- und Berufskenntnis in die Reichswirtschaftsstelle mitbrachten, nur in Vorschlag zu bringen, genügte der Reichsstelle für Textilwirtschaft nicht. Sie will unter allen Umständen ein Recht haben, letzten Endes die Vorschläge zu prüfen, um endgültig darüber zu entscheiden, wer Mitglied einer Reichswirtschaftsstelle der Textilindustrie werden kann oder nicht. Dieses gilt natürlich nur für die Vertreter der Arbeitnehmer. Nachdem vom Deutschen Textilarbeiter-Verband die Beantwortung dieser Fragebogen abgelehnt worden war, versuchte Herr von Schöller auf andere Weise zu seinem Ziel zu kommen. Er will jetzt durch die einzelnen Reichswirtschaftsstellen die Eignung der vorgeschlagenen Arbeitnehmervertreter, sowie auch die der Arbeitgeber einer Prüfung unterziehen.

Das „Zugeständnis", daß auch die Arbeitgebervorschläge geprüft werden sollen, ist selbstverständlich nur ein Vorwand, durch welchen man erreichen will, daß die Berufsverbände der Arbeitnehmer in die Prüfung ihrer vorgeschlagenen Vertreter einwilligen sollen.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband lehnt nach wie vor eine solche Affenkomödie ab. Die Vorschläge, die er gemacht hat, sind das Ergebnis einer ernsten kritischen Prüfung. Das Vorschlagsrecht aber selbst muß ein unantastbares Recht der Berufsverbände bleiben, denn wenn einem anderen Cremium eine Nachprüfung der Vorschläge eingeräumt würde, so wäre dies gleichbedeutend damit, daß der Einfluß der Berufsverbände auf die Reichswirtschaftsstellen beeinträchtigt würde. Der Textilarbeiter-Verband steht deshalb auf dem Standpunkt, daß, wenn das Vorschlagsrecht, welches den Berufsverbänden zusteht, in dieser Weise von der Reichsstelle für Textilwirtschaft angetastet werden soll, auf jede weitere Mitarbeit in der Reichsstelle und den Reichswirtschaftsstellen verzichtet wird.

---

**Arbeitslose Mitglieder des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.** Kollegen, welche bis zum 15. Dezember arbeitslos waren, sich der Kontrolle unterzogen haben und die Weihnachtsgratifikation noch nicht abgeholt haben, werden letztmalig aufgefordert, dieselbe bis zum Donnerstag, den 6. Januar 1921, im Bureau der Ortsverwaltung, Bethanien-Ufer 10, 1 Treppe, in der Zeit von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr abzuheben. Die Ortsverwaltung Berlin des D. E. V.

**Hungerlöhne** zahlen in jetziger Zeit fast alle sogenannten Wohlfahrtsunternehmungen. In welcher Weise diese Unternehmungen auf Kosten ihrer Arbeiter und Angestellten Wohltätigkeit ausüben, davon ein Beispiel. Der Verein für Kindervolksküchen und Volkskinderheime, Berlin e. V., welcher seit 1893 besteht, richtete während der Kriegszeit die Speisung für Arbeiter, Angestellte und Beamte in den sogenannten Mittelstandsküchen ein. Während der Kriegszeit hat er aus diesem Unternehmen enorme Gewinne erzielt. Statt aber den Angestellten und Arbeitern mit Hilfe dieser Gewinne die Gehälter und Löhne zu erhöhen, wurden dafür Kinderheime erworben. Die Löhne für die in den Küchen beschäftigten weiblichen Hilfskräfte betragen jetzt monatlich 192,50 bis 236,50 M., wozu nebenher noch Mittagskost gewährt wird. Daß letztere nicht so ist, wie man es billigerweise eigentlich bei so niedrigen Löhnen annehmen sollte, ersieht man daraus, daß fast täglich Klagen über schlechtes Essen beim Betriebsrat und den Organisationen eingehen. Um diesen Mißständen einmal Einhalt zu gebieten, traten die beteiligten Organisationen an den Vorsitzenden des Vereins, Herrn Hermann Abraham, heran, zwecks Abschluß eines Tarifvertrages. Der „wohltätige" Herr lehnte aber kategorisch alle Forderungen für das gewerbliche Personal in den Küchen ab und drohte jedesmal mit Schließung des Betriebes. Die Organisationen riefen, da alles Verhandeln sich als zwecklos erwies, den Schlichtungsausschuß an, damit dort eine Entscheidung herbeigeführt werden sollte. Die Gehaltsforderung, welche sich für oben bezeichnete Angestellte auf 350 bis 400 Mark monatlich stellte, wurde vom Schlichtungsausschuß als nicht zu hoch anerkannt und durch Schiedsspruch festgesetzt. Vom Verein wurde derselbe abgelehnt und wieder einmal in Gegenwart des Betriebsrat und der Organisationsvertreter in einer Vorstandssitzung die Schließung des Betriebes beschlossen. Beim Demobilmachungskommissar wurde nun die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt. Aber dieser Herr scheint nur dazu da zu sein, um die Geldsackinteressen der Unternehmer zu schützen. Trotzdem der Verein einen Reservefonds in beträchtlicher Höhe hat, lehnte er die Verbindlichkeitserklärung ab mit der Begründung, da der Betrieb geschlossen wird, kann eine Erhöhung der Löhne nicht erfolgen. Wann wird der Betrieb geschlossen? Vorstandsbeschlüsse: 31. März 1920, 31. Dezember 1920, 31. Januar 1921, bezw. Ende März 1921. Bis dahin ist der Verein imstande, seine Arbeitskräfte weiter auszubeuten, um für notleidende Kinder Gelder aufzubringen. In erster Linie sollte er erst dazu übergehen, dafür zu sorgen, daß die Kinder seiner Angestellten und Arbeiter von seiner „Wohltätigkeit" etwas zu spüren bekommen, aber diese Wohltätigkeit kann er doch nicht in die Oeffentlichkeit hinausposaunen. Es ist hier unseres Erachtens nach Pflicht der Stadtverwaltung und der Erwerbslosenfürsorge, sich diesen Betrieb einmal näher anzusehen. Eile tut not, sonst fallen die rund 280 Arbeiter und Angestellten dieses „wohltätigen" Unternehmens bald der Allgemeinheit zur Last durch Bezug der Erwerbslosenunterstützung.

„Aga". Am Freitag, 31. Dezember, vormittags 10 Uhr, Streikversammlung in den Sophiensälen, Sophienstraße. Streikleitung.

---

## Aus den Organisationen

**3. Distrikt.** Montag 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Bieler, Dieffenbachstraße 76.

**5. Distrikt.** Die Mitglieder der Zeitungskommission treffen sich Sonnabend (Neujahrstag), vormittags ½9 Uhr, bei Krüger, Wassertorstr. 41.

**8. Distrikt, 7. Abt.** Sonnabend, 1. Januar, nachm. 5 Uhr, im Saale des „Paradiesgarten", Landsberger Allee 155, Weihnachts- und Familienfeier mit Gesang, Rezitation, Verlosung, Ueberraschungen für die Kinder und nachfolgendem Tanz.

**10. Distrikt.** Montag, 3. Januar, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung bei Kurzrok, Zionskirchplatz 5.

**11. Distrikt.** Die Eintrittskarten von der Weihnachtsfeier sind spätestens bis Freitag, 31. Dezember, beim Gen. Lehmann abzurechnen. Alle bis zu diesem Termin nicht abgerechneten Karten werden als verkauft gerechnet und müssen bezahlt werden.

**Weißensee.** Montag, 3. Januar, findet im Lokal von Neumann, Charlottenburger Straße, eine dringende Sitzung der Agitationskommission und Gruppenführer statt.

## Vereinskalender

**Die Hauptgeschäftsstelle des Afa-Bundes,** Werftstr. 7, bleibt heute anläßlich der Trauerfeier für Carl Legien geschlossen.

**Verband der Buchbinder.** Da unsere Organisation eine gemeinsame Beteiligung an Legiens Beisetzung abgelehnt hat, bleiben die Bureaus wie gewöhnlich bis 4 Uhr geöffnet.

**Transportarbeiter-Verband.** Die Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß die Bureaus im Gewerkschaftshaus am 31. Dezember nur bis 10 Uhr vorm. geöffnet resp. zu erreichen sein werden, da wegen Beisetzung des Genossen Legien das Engelufer sowie das Gewerkschaftshaus gesperrt werden dürften.

**Arbeiter-Stenographen-Verein Stolze-Schrey,** gegründet 1909. Fortbildungskurse beginnen: Görlitzer Str. 31 am 4. Januar, 8—½10 Uhr; Strohmannstr. 6 am 4. Januar ½8—½10 Uhr; Müllerstraße Ecke Triftstraße am 10. Januar, 8—½10 Uhr; Bremer Str. 15-17 am 7. Januar, ½8—½10 Uhr; Weißensee am 4. Januar, ½8—½10 Uhr. Auskunft erteilt A. Urban, Schöneberg, Eisenacher Straße 64.

**Freireligiöse Gemeinde.** Am 1. Januar, vorm. 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Festvortrag des Herrn Dr. A. Rosenberg: Die Stellung des Freidenkers zum Judentum. Am 2. Januar Herr Dr. M. Brie: Der Verbrecher in der Weltliteratur. Gäste willkommen.

**Volksfürsorge.** Allgemeine Mitarbeiterversammlung der Volksfürsorgefunktionäre am Montag, 3. Januar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelufer 14-15.

## Geschäftliches

Wir verweisen unsere Leser auf das heutige Inserat der Massary-Zigarettenfabrik, das in humorvoller Weise allen Massary-Rauchern ein frohes, neues Jahr wünscht.


**Etablissement Zielka,** Friedrichstraße 59/60, Ecke Leipziger Straße
In allen Sälen **Große Silvesterfeier.** Beste Küche, ff. Weine.

# Der Tag des Proletariats

Ein Chorwerk von **Ernst Toller**

ist soeben erschienen. Preis 3.— Mark

**Buchhandlung „Freiheit", Berlin C.2, Breite Straße 8-9.**

**U.S.P.D. 8. Distrikt.**
Am Dienstag, den 27. Dezember 1920, verstarb unser lieber Genosse, der Bauarbeiter
**August Anders**
Rigaer Straße 1.
Die Einäscherung findet am Montag, den 3. Jan., nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
**Der Vorstand.**

**Möbel**
bequemste Zahlungsweise
**GREBLER**
Weinbergsweg 4

**Achtung Stoffe!**
Schwarze und blaue Wollstoffe. Leinen für Hemden und Bettzeug spottbillig abzugeben
**Ehlert, Tegeler Straße 6**
Laden.

**Altmetalle kauft**
**Lychener Str. 5**
an der Hochbahn Danziger Str.

**Ich brauche dringend:**
**Zinn, Weissmetall**
**Kupfer, Messing**
Auch für andere Metalle
**Metallankauf Charlottenburg**
Wallstraße 53. Wilhelm 1871.

**Kupfer**
Messing, Zinn usw.
Quecksilber, Zahngebisse
Platin-, Gold-, Silberbruch
kauft
**Brunnenstr. 11**
**Beusselstr. 29**
**Fennstr. 48**
**Weidenweg 72**

**Kupfer,**
**Messing, Zinn,**
sämtliche Altmetalle
zahle Tagespreise
**Neue Hochstraße 38.**
Händler Extrapreise.
Telephon: Humboldt 7770.

**Geld**
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41, III, Ecke Kochstraße.**

**Arbeiterjugend**
und
**Sexuelle Frage**
von Hans Hackmack
Preis **2** Mark
Buchhandlung
**„Freiheit"**
Breite Straße 8-9

**Zu unüberbietbaren Schmelzpreisen**
kauft Urban tägl. alte Zahngebisse, auch zerbrochene. Stiftzahn 12 Gramm 160 M., Platin-, Gold-, Silberbruch, Brennstifte, Münzen usw. Einkauf täglich bis 7 Uhr. Bei Ankauf Fahrgeldvergütung.
**Manteuffelstraße 71, Laden.**

Durch Ausstellen leicht beschädigte
**Bücher**
**20%**
**Preisermäßigung**
Man verlange Verzeichnis
**Buchhandlung „Freiheit"**
Breite Str. 8-9

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
**Max Zirkel's**
**Neuköllner Zigarrenhaus**
**Berliner Straße 96**
Telephon Neukölln 9482
Billigste Bezugsquelle in Zigarren (eigener Fabrikation), Zigaretten, Rauch- und Kautabaken
Für Wiederverkäufer und Betriebskantinen hohen Rabatt

**Läuse-Plage**
auch Flöhe f. Brut (Nisse) bei Mensch. u. jed. Tier m. m. ges. gesch. Mittel Eckolda. Für Haut u. Haar unschädl. Zu haben in Berlin bei den Drogisten E. Ockert, Moabit 21, Waldenserstr. 13, Klopsch, NO 43, Linienstr. 5, A. Drogerie, C, Neue Promenade 2, Papels, Charl., Wilmersdorfer Str. 156, Central-Drogerie, Dresdener Str. 18, L. Horn, W 8, Linkstr. 46, Fritz Kratz, N, Reinickendorfer Str. 118, Humboldt-Drogerie, N, Brunnenstr. 60, Otto Haan, Pankow, Breite Str. 40, Franz Hempel, N, Schönhauser Allee 82, Grüne Drogerie, Weißensee, Berliner Allee 19, Andreas-Drogerie, O, Kleine Andreasstr. 12, Heinrich, Lichtenberg, Frankfurter Allee 287, Central-Drogerie, Neukölln, Boddinstr. 65 (Am Rathaus), E. W. Weirich, SW., Blücherstraße 1. Vertreter A. Klattich, N, Kastanienallee 78. Weitere Wiederverkäufer gesucht.

**Spezialarzt**
für Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Behandlg. schnell, sicher u. schmerzlos in Dr. Hameyer & Co. konz. Labor. Blutuntersf. Fäden i. Harn usw.
**Friedrichstr. 81** gegenüber Passage.
Spr. 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1
Teilzahl. Separ. Damenz.

Spez.-Beh. nur für **Ischias**
in Hüft., Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tagen befeit. m., hierüber unantastb. Heilerf. beliebig u. Referenzen. Invalidenstr. 106, **Jacoby**
von 9—2.

**Asthma**
mit Hustenanfällen u. starker Verschleimung findet wirksame Hilfe durch Reichels echte Asthmatropfen, berühmt durch ihre Wirkung. 30 jähr. glänzende Erfolge. M. 9.50
**Otto Reichel,**
Berlin 66 SO. Eisenbahnstr. 4

**Metallbetten,** Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

# Ein Arzt schreibt

über die Schrift „Der kleine Samariter" (Preis 1.50 Mk.)

„Diese Zusammenstellung ist tatsächlich ausgezeichnet. Ich glaube, daß diese kleine Schrift manches Gute bewirken wird. Ich kann die Verbreitung derselben empfehlen."

**„Der kleine Samariter"**
ist ein unentbehrliches Taschenbuch für jedermann
Gegen Einsendung von 1.50 M. zu beziehen von der
**Verlagsgenossenschaft „Freiheit"** e. G. m. b. H.
Abt. Buchhandlung
Berlin C.2., Breite Str. 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit".

**Charlottenburg**
**Die „Freiheit"-Spedition**
wird am
**1. Januar 1921**
nach **Wallstraße 90** (Restaurant)
verlegt.

**Botenfrauen**
für größere Touren stellt sofort ein
**Spedition Thornseifer**
Lübecker Straße 11.

**Botenfrauen gesucht**
Spedition Sinner, Skalitzer Str. 101.